

Aufstand im Iran

Die feministische Revolte

Verlag Immergrün

Impressum:

Creative Commons

Druck: Oktober 2022

Verlag Immergrün

ISBN 978-3910281-05-9

www.immergruen.cc

Inhalt

<i>CrimethInc.</i> : Aufstand im Iran	5
<i>Kurdische linke Feministinnen</i> : Zum feministischen Aufstand im Iran	21
<i>Slingers Collective</i> : Das schlagende Herz der Arbeiterbewegung im Iran	25
<i>CrimethInc.</i> : Iran. »Es gibt unendlich viel Hoffnung, nur nicht für uns.«	45
<i>Revolutionärer Aufbau Schweiz</i> : Die Frauen an vorderter Front eines gemeinsamen Kampfes	67
<i>Aufruf</i> : Linke weltweit, steht den Demonstranten im Iran bei!	73

CrimethInc.

Aufstand im Iran

Die feministische Revolte und der Anfang vom Ende des Regimes

Am 16. September 2022 ermordete die Sittenpolizei in Teheran eine 22-jährige Frau, die angeblich den Hijab nicht in Übereinstimmung mit den iranischen Gesetzen trug. Als Reaktion darauf gehen Menschen in ganz Iran seit über zwei Wochen auf die Straße, stellen sich der Polizei entgegen und erkämpfen sich Räume unregulierbarer Freiheit. Für viele Menschen im Iran scheint es, als sei ein revolutionärer Prozess im Gange.

In Zusammenarbeit mit Collective 98, einer antikapitalistischen und antiautoritären Gruppe, die sich auf die Kämpfe im Iran konzentriert, konnten wir iranische und kurdische Feministinnen zu dieser Lage befragen. Der Name des Kollektivs 98 leitet sich von »Aban 98« ab, dem Aufstand, der sich im November 2019 – dem Jahr 1398 nach dem iranischen Kalender – im Iran ausbreitete. Im folgenden Text beleuchten sie die historische Bedeutung dieser Aufstandswelle und die auslösenden Kräfte, die sie in Gang setzten.

Die Frau, deren Tod diese Bewegung ausgelöst hat, ist dank der Berichterstattung und der Hashtags in den sozialen Medien vor allem als Mahsa Amini bekannt. Tatsächlich ist ihr kurdischer Name Jina; unter diesem Namen ist sie bei ihrer Familie, ihren Freund*innen und im ganzen kurdischen Teil Irans bekannt. Kurdische Menschen im Iran – eine ethnische Minderheit – wählen oft einen persischen »Zweitnamen«, um ihre kurdische Identität zu verbergen. Im Kurdischen bedeutet Jina Leben, ein politischer Begriff, der in dem Slogan auftaucht, den kurdische Frauen seit 2013 in den kurdischen Teilen der Türkei und in Rojava verbreitet haben und der zum zentralen Refrain dieses Kampfzyklus geworden ist: »Jin, Jian, Azadî« [»Frauen, Leben, Freiheit«].

Von der Revolte im Iran bis zu den Anti-Kriegs-Protesten in Russland, von der Verteidigung von Exarchia bis zu den Student*innenstreiks gegen die Anti-Trans-Politik in den Vereinigten Staaten – der Widerstand gegen



Jina bedeutet Leben: Jina Mahsa Amini.

das Patriarchat ist von grundlegender Bedeutung für die Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus und dem Staat. Ein Sieg im Iran würde eine Vielzahl ähnlicher Kämpfe in anderen Teilen der Welt anspornen.

Um über die Entwicklungen im Iran auf dem Laufenden zu bleiben, empfehlen wir SarKhatism / und Blackfishvoice auf Telegram (beide auf Farsi) sowie die Websites des Slingers Collective und des Kurdistan Human Rights Network (beide auf Englisch).

»Der Anfang vom Ende« ist der Ausdruck, der in einer Erklärung verwendet wird, die am 25. September 2022 von »The Teachers Who Seek Justice« zum aktuellen Zyklus der Kämpfe im Iran veröffentlicht wurde – eine Woche nach der Ermordung von Mahsa / Jina Amini. Diese Formulierung bringt die Bedeutung dieses historischen Moments auf den Punkt. Er im-

pliziert, dass die Proletarier*innen auf den Straßen, insbesondere Frauen und ethnische Minderheiten, das Ende der 44 Jahre währenden islamischen Diktatur als sehr nah ansehen. Sie sind in eine explizit revolutionäre Phase eingetreten, in der es keine andere Lösung als die Revolution gibt.

Der Aufstand von Dezember 2017 bis Januar 2018 stellte einen Wendepunkt in der Geschichte der Islamischen Republik dar, als Millionen von Proletarier*innen im ganzen Land in mehr als 100 Städten gegen die herrschende Oligarchie rebellierten und sagten: »Genug ist genug« zu einem Leben, das von Elend, Prekarität, Diktatur, islamistischer Autokratie und autoritärer Unterdrückung bestimmt wird. Es war das erste Mal, dass die Gesellschaft, insbesondere die linken Student*innen in Teheran, die Ablehnung des Systems als Ganzes zum Ausdruck brachten: »Reformisten, Hardliner, das Spiel ist aus!«

In den letzten fünf Jahren stand das ganze Land in Flammen. Mensch könnte sagen, es brennt von beiden Seiten: zwischen chronischen landesweiten Unruhen und organisierten Kämpfen, an denen Lehrer*innen, Student*innen, Krankenpfleger*innen, Rentner*innen, Arbeiter*innen und andere Bereiche der Gesellschaft beteiligt sind.¹ Die Lehrer*innen, um nur ein Beispiel zu nennen, haben in den letzten sechs Monaten sechs massive Demonstrationen und Streiks organisiert, die jeweils in mehr als 100 Städten stattgefunden haben. Die Anführer*innen und bekannten Aktivist*innen dieser Bewegung wurden verhaftet und befinden sich jetzt im Gefängnis, aber die Lehrer*innenbewegung mobilisiert weiter.

Diese beiden Ebenen des Kampfes – der spontane Massenaufstand und die stärker organisierten Formen des Widerstands – sind miteinander verbunden. Jeder Zyklus des Kampfes wird intensiver und »militanter« als der vorhergehende, und die zeitlichen Abstände zwischen den Zyklen werden immer kürzer.

Nichtsdestotrotz hat der Tod von Mahsa / Jina etwas qualitativ Neues ausgelöst, das als Bruch mit der historischen Periode betrachtet werden muss, die mit dem Aufstand von Dezember 2017 bis Januar 2018 begann.

1 Hintergrundinformationen zum Novemberaufstand 2019 finden sich in der Erklärung des Collective 98 im *Roar Magazine*, die von mehr als 100 Aktivist*innen und Akademiker*innen unterzeichnet wurde (s.u.).

Der vorangegangene Zyklus von Aufständen wurde durch explizit wirtschaftliche Intrigen ausgelöst (z.B. Verdreifachung der Treibstoffpreise im November 2019²) und richtete sich gegen das weit verbreitete Elend, das der autoritäre Neoliberalismus in den letzten 30 Jahren strukturell erzeugt hat. Die Wirtschaftskrise und die extrem harte Klassendifferenzierung im Iran sind nicht einfach das Ergebnis der US-Sanktionen – wie uns die Pseudo-Antiimperialist*innen glauben machen wollen – und auch nicht einfach das Ergebnis der vom Internationalen Währungsfonds nach dem Iran-Irak-Krieg in den 1990er Jahren auferlegten Strukturanpassungen. Obwohl dies absolut wichtige Faktoren sind, sehen wir die sozialen Probleme nicht einfach abstrakt und »extern«, sondern vielmehr als das Ergebnis eines tieferen und länger andauernden historischen Prozesses, in dem die herrschende Oligarchie viele Bevölkerungsgruppen enteignet, die Arbeit prekär gemacht, verschiedene Bereiche der sozialen Reproduktion kommodifiziert und Syndikate, Gewerkschaften und jede andere organisierte Form der politischen Arbeit brutal unterdrückt hat.³

Wir sollten die katastrophalen und zerstörerischen Auswirkungen der Sanktionen der USA und der EU auf das tägliche Leben der Menschen nicht unterschätzen, und wir wollen auch nicht die Bedeutung der vergangenen Geschichte des »Halbkolonialismus« im Iran bis in die Gegenwart herunterspielen. Wir dürfen nicht vergessen, dass die britische Labour-Partei an dem von der Central Intelligence Agency eingefädelten Putsch von 1953 beteiligt war, um den demokratisch gewählten Premierminister Mohammad Mossadegh zu stürzen, der sich für die Verstaatlichung der Ölindustrie im Iran einsetzte. Es waren genau solche imperialistischen Interventionen, die die gesellschaftlichen Voraussetzungen für den Aufstieg von Islamisten wie Khomeini schufen, die die fortschrittliche Revolution von 1979 entführten und eine autokratische Diktatur errichteten.⁴ Unsere Position ist vielmehr eine politische Negation, die mit der

2 Weitere Informationen über den Aufstand im November 2019 sind im Text, den das Collective 98 zu seinem ersten Jahrestag geschrieben hat.

3 Weitere Informationen zur Frage des Pseudo-Antiimperialismus findet ihr unter: <https://www.opendemocracy.net/en/north-africa-west-asia/iranian-pseudo-anti-imperialism/>

4 John Newsinger, *The Blood Never Dried: A People's History of the British Empire* (London: Bookmarks Publication, 2006), »Iranian Oil«, pp. 174–77. Asef Bayat, *Revolution Without Revolutionaries: Making Sense of Arab Spring* (Stanford, California: Stanford University Press, 2017), pp. 2–7

Logik des Weder-noch arbeitet und gleichzeitig die Islamische Republik und die USA und ihre Verbündeten kritisiert. Diese doppelte Negation ist von grundlegender Bedeutung für die Bildung echter internationaler Solidaritäten und für die Sache des Internationalismus selbst.⁵

Trotz aller Zyklen von Kämpfen und Formen der politischen Organisation in den letzten fünf Jahren ist es diesmal anders, denn die Unruhen entzündeten sich an der Ermordung von Jina Amini, einer kurdischen Frau, aufgrund der Hijab-Pflicht – einem strukturellen Pfeiler der patriarchalen Herrschaft in der Islamischen Republik seit der Revolution von 1979. Die ethnische und geschlechtsspezifische Dimension dieser staatlichen Ermordung hat die politische Dynamik im Iran verändert und zu nie dagewesenen Entwicklungen geführt.

Erstens spielte die Tatsache, dass die Proteste in Kurdistan begannen – in Saghez, der Heimatstadt von Jina, in der sie geboren und begraben wurde – eine entscheidende Rolle für das, was danach geschah. Kurdistan nimmt in der Geschichte der politischen Bewegungen und sozialen Kämpfe gegen die Islamische Republik eine besondere Stellung ein. Nach der Revolution von 1979, als die Mehrheit der Perser*innen im Iran bei einem Referendum über die Gründung einer Islamischen Republik mit »Ja« stimmte, sagte Kurdistan entschieden »Nein«. Khomeini erklärte Kurdistan den Krieg, genauer gesagt den »Dschihad«. Was folgte, war ein bewaffneter Kampf zwischen der kurdischen Bevölkerung (und kurdischen, linksgerichteten Parteien) und der Revolutionsgarde (d.h. islamistischen Kräften, die die Macht übernommen und die Revolution gekapert hatten). Auch viele nicht-kurdische Linke schlossen sich damals Kurdistan an, weil sie Kurdistan als die »letzte Bastion« sahen, die es zu verteidigen galt – die soziale Geografie, in der es noch eine Möglichkeit gab, die fortschrittlichen und linken Ideale der Revolution zu verwirklichen. Obwohl Kurdistan nach fast einem Jahrzehnt des

5 Siehe den offenen Brief des Collective98 an ACTA, eine der wichtigsten linken Plattformen in Frankreich, die einen katastrophal ideologischen Beitrag aus dem Blickwinkel des Pseudo-Antiimperialismus zum Lob von Ghassem Suleimani, dem Militärgeneral der Revolutionsgarde, veröffentlicht hat, der nicht nur Dissident*innen im Iran unterdrückt hat, sondern auch den Irak, Syrien und die gesamte Region destabilisierte. <https://collective98.blogspot.com/2020/03/lettre-ouverte-lacta-concernant-sa.html>

bewaffneten Kampfes und zahlreicher anderer Formen der politischen Organisation besiegt wurde, hat Kurdistan dennoch nie das Knie vor der Islamischen Republik gebeugt.

Einer der Slogans, die nach der Ermordung von Jina aufkamen, war daher »Kurdistan, Kurdistan, die Grabstätte der Faschisten«. Unmittelbar nach der Ermordung von Jina waren es kurdische Frauen, die begannen, »Jin, Jian, Azadî« (Frauen, Leben, Freiheit) zu skandieren, den berühmten Slogan, der ursprünglich von kurdischen Frauen in der Türkei und in jüngerer Zeit in Rojava (dem nördlichen und nordöstlichen Teil Syriens) gerufen wurde. Im Iran hat sich dieser Slogan inzwischen über Kurdistan hinaus im ganzen Land verbreitet, so dass die aktuelle Bewegung, die in der Tat eine feministische Revolution ist, unter diesem Namen bekannt ist: »Jin, Jian, Azadî«⁶

Von den drei Begriffen des Slogans weist der zweite, Jian [Leben], einige auffällige Merkmale auf. Während Jin [Frauen] sich auf die Befreiung der Geschlechter und Azadî auf Autonomie und Selbstverwaltung bezieht, erinnert Jian in erster Linie an den Namen der symbolischen Märtyrerin der Bewegung, Jina Amini (denn Jina bedeutet im Kurdischen auch Leben). Auf Jinas Grab hat ihre Familie den folgenden Satz eingraviert: »Liebe Jina, du bist nicht tot, dein Name wurde zum Kodex.« Sie wurde zum universellen Symbol für alle früheren Märtyrer*innen, stellvertretend für alle anderen Jinas, deren Leben von der Islamischen Republik direkt oder indirekt aufgrund ihres Genders, ihrer Klasse, ihrer Sexualität oder der Zerstörung ihres ökologischen Umfelds ruiniert wurde.

Es gibt eine existenzielle Komponente in dieser Bewegung, die auch auf Twitter (mit #Mahsa_Amini oder #Jina_Amini) unter den iranischen Nutzer*innen zum Ausdruck kommt, die davon berichten, wie ihr Leben und das ihrer Freund*innen und Familien in den letzten 44 Jahren vergeudet wurde – gefoltert, auf extralegale Weise und in Schauprozessen inhaftiert, ihr Leben außerhalb des Gefängnisses im Alltag vergeudet, ohne jede Chance, sich voll zu verwirklichen. »Das Leben lebt nicht«, wie es

6 Weitere Informationen zu diesem Slogan finden sich in dem Interview, das *RadioZamaneh* mit den linken Aktivist*innen im Iran geführt hat, die zum Generalstreik aufgerufen haben.

der deutsche Philosoph Theodor Adorno ausdrückte.⁷ Doch diese melancholische Rückbesinnung auf die Vergangenheit ist auf die Zukunft gerichtet, mit dem Bestreben, der islamischen Zombie-Republik, die unsere Lebenskräfte und Lebensprozesse auslaugt, endlich ein Ende zu setzen. Es gibt eine Zukunft, die es zurückzufordern gilt, eine Zukunft, in der niemand wegen Geschlechtsidentität oder ihrer Haare getötet wird, in der niemand gefoltert wird und niemand unter Armut leidet – eine klassenlose Gesellschaft, in der eine echte und nicht nur formale Freiheit herrscht (auch wenn nicht alle dieses letzte Ziel teilen).

Denn was bedeutet Klassenkampf, wenn nicht die Rückgewinnung des Lebens in seiner Gesamtheit durch die Befreiung von der Kolonialisierung durch die kapitalistische Akkumulation und alle anderen Formen der Herrschaft, die diese aufrechterhalten und sichern?

Die Angst, sich gegen ein monströses autoritäres Regime zu stellen, das keinerlei Werte hat, hat sich in ihr Gegenteil verkehrt: Wut, Macht und Solidarität. Die unterdrückten Klassen waren seit der Revolution von 1979 noch nie so geeint. Die Videos, die den Zusammenhalt der Frauen im Kampf gegen die misogynen Repressionskräfte zeigen, haben allen eine Gänsehaut beschert.⁸ Die Solidarität zwischen dem so genannten »Zentrum« und der »Peripherie« im ganzen Land sowie zwischen traditionell verfeindeten ethnischen Minderheiten (zwischen Kurd*innen und Türk*innen in der Provinz West-Azərbaycan) ist beispiellos. Der Mut und die Entschlossenheit der Jugendlichen, Barrikaden zu bauen und mit bloßen Händen oder Pflastersteinen gegen die Polizei zu kämpfen, sind erstaunlich und bewundernswert.

Als die soziale Klasse, die vor allen anderen unterdrückt, beherrscht und ausgebeutet wird, stehen Frauen an vorderster Front, wenn es darum geht, Angst in Wut, Unterordnung in kollektive Selbstbestimmung und Tod in Leben zu verwandeln. Die Demonstrantinnen nehmen mutig ihre Schals ab, schwenken sie in der Luft und verbrennen sie in den brennenden Barri-

7 Theodor Adorno, *Minima Moralia*

8 Siehe das berühmte Foto, das wenige Minuten nach Mitternacht in Teheran aufgenommen wurde und auf dem drei Frauen, die sich an den Händen halten, hinter brennenden Barrikaden mit ihren Schals in der Luft winken.

kaden, die errichtet wurden, um die Polizeigewalt zu verhindern.⁹ Es gibt nichts Ermächtigenderes als das Verbrennen von Schals im Iran: Es ist wie das Verbrennen eines Hakenkreuzes unter Hitlers Regime in den 1930er Jahren. Im Gegensatz zu den Berichten der westlichen Medien geht es bei den Protesten im Iran nicht einfach nur um die »Sittenpolizei« – sie stellen eine Ablehnung der strukturellen sozialen, politischen und rechtlichen Beziehungen dar, die systematisch das kapitalistische Patriarchat in Verbindung mit islamistischen Codes reproduzieren.

Als soziale Beziehung steht der Hijab für eine Reihe von konstitutiven Elementen der Islamischen Republik. Erstens repräsentiert der obligatorische Hijab symbolisch gesehen das Regime des Patriarchats als Ganzes. Die obligatorische Verhüllung des Körpers erinnert die Frauen täglich daran, dass sie in der Gesellschaft eine untergeordnete Stellung einnehmen, dass sie das zweite Geschlecht sind, dass ihr Körper strukturell der Familie, ihren Brüdern, Vätern, männlichen Partnern und natürlich den Chefs und dem Staat gehört. Zweitens steht der Hijab auch für die religiöse, autokratische Autorität, die in der Lage ist – oder zumindest in der Lage war –, den Körpern der beherrschten Klassen, insbesondere den Frauen, islamische Kleidervorschriften aufzuerlegen. Ein Nein zum Hijab bedeutet eine radikale Infragestellung der Autorität und Legitimität der Islamischen Republik als Ganzes. Drittens wird der Hijab als »islamische Tugend« von den herrschenden Klassen auch als wichtigster Repräsentant des »Antiimperialismus« verstanden, und zwar aus internationaler Sicht. So wie Adolf Hitler das Hakenkreuz systematisch einsetzte, um ideologisch den »Wohlstand« und das »Wohlergehen« einer vom Nationalsozialismus beherrschten Gesellschaft zum Ausdruck zu bringen, so hat die Islamische Republik den Frauen den Hijab auferlegt, um den Eindruck zu vermitteln, dass die iranische Gesellschaft durch die Verwirklichung islamischer Tugenden und Ideale konstituiert ist und sich daher grundlegend gegen das westliche Imperium und seine moralischen Werte und sozialen Normen richtet. Der Hijab stellt so angeblich eine ideologische und praktische Alternative zum Imperium dar.

9 Siehe z. B. das virale Video, in dem Frauen ihre Schals verbrennen und um ein Feuer tanzen. Für einige iranische Feministinnen erinnerte dies an die Hexen vor dem Aufstieg des Kapitalismus. <https://www.instagram.com/tv/CjAiArPN-sB/>



Unmittelbar nach der Revolution, am 8. März 1979, demonstrierten Zehntausende Frauen in den Straßen von Teheran gegen die Einführung der Hijab-Pflicht und skandierten »Ein Kopftuch oder eine Kopfverletzung?« und »Wir haben die Revolution nicht gemacht, um zurück zu gehen« – eine Anspielung auf den reaktionären Aspekt der Hijab-Pflicht, die darauf abzielt, das Rad der Geschichte »zurückzudrehen«. Damals bezeichneten die islamistischen Medien und Khomeini die Feminist*innen und andere Frauen auf der Straße als Unterstützer*innen des Imperialismus, die der »westlichen Kultur« anhängen. Tragischerweise hörte niemand die Stimmen der Frauen oder beachtete ihre Warnungen, nicht einmal die Linken, die – katastrophalerweise – dem Kampf gegen den Imperialismus eine ontologische Priorität einräumten und alle anderen Formen der Herrschaft als »zweitrangig« relativierten und herunterspielten. Wenn heute Frauen auf der Straße Kopftücher verbrennen und die gesamte Gesellschaft die Hijab-Pflicht entschieden ablehnt, erschüttert dies die gesamte patriarchale und autokratische Autorität bis ins Mark, ebenso wie die pseudo-anti-imperialistische Legitimität der Islamischen Republik. Dies sind die Pfeiler der Klassenherrschaft im Iran, und die gesamte Bevölkerung lehnt sie ab. Die Islamische Republik ist in den Köpfen der Menschen bereits tot, jetzt muss die Bevölkerung sie in der Realität töten.



Um es klar zu sagen: Das Verbrennen von Kopftüchern ist keine rechtsgerichtete Geste, die auf eine faschistische Islamophobie abzielt. Niemand stellt die Religion von irgendjemandem in Frage. Vielmehr ist es eine Geste, die die Emanzipation vom Hijab-Zwang proklamiert, der den Körper der Frauen kontrolliert. Der Hijab hat nichts mit der »Kultur der Frauen« im Nahen Osten zu tun, wie einige postkoloniale Denker behaupten. Im Kontext der Islamischen Republik ist der Hijab eine Methode der Klassenherrschaft, ein integraler Bestandteil des kapitalistischen Patriarchats, und muss ohne Kompromisse kritisiert werden. Als ein historisch spezifisches soziales Verhältnis hat der Kapitalismus die Fähigkeit, »nicht-kapitalistische« soziale Beziehungen in den Dienst seiner eigenen Akkumulation und Reproduktion zu stellen. Religion ist ebenso wie das Patriarchat keine

Sache der Vergangenheit; sie ist kein anachronistisches Überbleibsel, das unter der Oberfläche der modernen Gesellschaft liegt und keine soziale Wirkung entfaltet. In einer kapitalistischen Gesellschaft wie dem Iran wird die Klassenherrschaft insgesamt durch islamische Codes vermittelt und umcodiert. Der obligatorische Hijab ist ein entscheidendes Element des Patriarchats der Islamischen Republik, das Frauen an den Rand gedrängt und ihre Körper systematisch kontrolliert hat. Dies hat auch zu einer Spaltung innerhalb der Arbeiterklasse im weitesten Sinne des Begriffs durch geschlechtsspezifische Hierarchien und zwischenmenschliche Herrschaft geführt.

Die Pseudo-Antiimperialist*innen, die glauben, dass die Menschen auf der Straße einfach nur Marionetten Israels, Saudi-Arabien und der Vereinigten Staaten sind, berauben die Menschen nicht nur auf typisch orientalistische Weise ihrer Handlungsfähigkeit und Subjektivität, indem sie ein »abstraktes Wesentliches« für eine Gesellschaft wie den Iran voraussetzen – sie reproduzieren auch den reaktionären Diskurs und die Praxis der Islamischen Republik selbst. Dies zu verstehen ist entscheidend für die internationale Solidarität mit den Frauen im Iran und den unterdrückten Klassen im Allgemeinen. Auffallend ist, dass selbst religiöse muslimische Frauen, die islamische Kleider wie den Tschador tragen, die Hijab-Pflicht nachdrücklich abgelehnt und diese Bewegung auf der Straße und in den sozialen Medien unterstützt haben.

Mit den Frauen an der Spitze der Kämpfe, die mutig gegen den repressiven Staatsapparat kämpfen, ist die Islamische Republik noch nie so schwach erschienen. Die Frage ist nicht, »was zu tun ist«, sondern wie man es zu Ende bringt.

Kurdistan hat die Proteste initiiert und feministische und antiautoritäre Slogans eingeführt. Dies war der Auslöser dafür, dass die Student*innen – der soziale Sektor, der bei politischen Ereignissen immer an vorderster Front steht – an den Universitäten, insbesondere in Teheran, Proteste organisierten und den Aufstand durch ihre Versammlungen und Sitzstreiks ausweiteten. Wie COVID-19 breitete sich der Aufstand innerhalb von zwei Tagen nach Jinas Tod auf das ganze Land aus; bisher haben die unterdrückten Klassen in mehr als 80 Städten im ganzen Land mit allen Mitteln gegen die Repressionskräfte des Regimes gekämpft.

Weil wir in eine explizit revolutionäre Phase eingetreten sind, sind die Konflikte auf der Straße zwischen den Demonstrant*innen auf der einen Seite und der Polizei und den Basij (der Milizorganisation der Islamischen Revolutionsgarden) auf der anderen Seite weniger »einseitig« geworden als zuvor. Die Menschen haben erkannt, dass sie mit sozialer Zusammenarbeit, Solidarität und Übung auch die repressiven Kräfte erschöpfen und schließlich ausschalten können. Vor allem junge Menschen lernen verschiedene Methoden der Selbstverteidigung, wie z.B. die Herstellung einer »handgefertigten Nagelschraube«, die den Reifen von Polizeimotorrädern durchsticht und sie daran hindert, sich frei zu bewegen und Angriffe auszuführen. Unabhängige Ärzt*innen geben ihre Handynummern im Internet bekannt, um denjenigen zu helfen, die bei den Protesten verletzt werden, da der Weg ins Krankenhaus oft gefährlich ist. Es wird auch zu einer »Nachbarschaftsorganisation« aufgerufen, einer lokalen Struktur, die diejenigen, die in derselben Gegend leben, miteinander verbindet.

Da der ideologische Apparat der Regierung für den größten Teil der Gesellschaft nicht mehr funktioniert, ist das Hauptmedium, mit dem die Islamische Republik sich weiterhin reproduziert, der Repressionsapparat, der allein während dieses Aufstands bereits 80 Menschen getötet und Tausende Demonstrant*innen verhaftet hat.¹⁰ Vergessen wir nicht, dass dies während einer Internetsperre geschah, einer brutalen Methode, die die Islamische Republik in der Vergangenheit wiederholt angewandt hat, insbesondere während des Aufstands im November 2019 – Abaan-e-Khoonin [»Blutiger November«] – als die Behörden das Internet an vier aufeinanderfolgenden Tagen vollständig abschalteten und das Land in eine große Blackbox verwandelten, in der sie die Menschen ungestraft abschlachteten.¹¹ Jina Amini vertritt auch hunderte Märtyrer*innen, die damals ermordet wurden, und ruft sie in Erinnerung.¹² Diejenigen, die die Islamische Republik mit der Begründung unterstützen, sie sei eine antiimperialistische

10 Statistiken zu den Tötungen und Verhaftungen in Kurdistan sind in diesem Bericht zu finden: <https://kurdistanhumanrights.org/en/iran-protests-forces-kill-17-civilians-injure-435-detain-570-across-kurdistan/>

11 Wie in der Erklärung, die über das *ROAR Magazine* veröffentlicht wurde, beschrieben (s.u.).

12 304 bis 1500 – die tatsächliche Zahl der Opfer ist unklar. Amnesty International bestätigt, dass mindestens 304 Menschen getötet wurden, während Reuters von 1500 Menschen spricht.

Kraft in der globalen Geopolitik, ignorieren bequemerweise, dass sie ihr eigene Bevölkerung auf offener Straße ermordet, sie illegal inhaftiert und foltert, um ihnen falsche Geständnisse zu entlocken.

Jetzt, nach zehn Tagen, hängen die Aussichten dieses Zyklus eines spontanen Massenaufstands von den stärker organisierten Formen des Widerstands ab, insbesondere vom Streik der Arbeiter*innen, Lehrer*innen und Student*innen. Im Gegensatz zu den fortgeschrittensten kapitalistischen Gesellschaften sind im Iran die Gewerkschaften und Syndikate nicht in das kapitalistische System integriert. Die Gewerkschaften zielen im Iran nicht nur auf die Durchsetzung ihrer eigenen Forderungen ab und behindern so nicht die Entstehung einer radikaleren Bewegung. Vielmehr streben sie grundlegende Veränderungen an, die von den herrschenden Klassen als existenzielle Bedrohung angesehen werden. Aus diesem Grund befinden sich derzeit Hunderte von Gewerkschaftsmitgliedern (Lehrer*innen, Student*innen, Arbeiter*innen, Rentenaktivist*innen) im Gefängnis, einige von ihnen wurden gefoltert.

In den letzten vier Tagen gab es viele Aufrufe zum »Generalstreik« von fortschrittlichen Student*innen und Lehrer*innen sowie von einigen anonymen Aktivist*innen, die Agitationsvideos mit revolutionären Liedern aus der Zeit nach der Revolution von 1979 produziert haben. Auch die Ölarbeiter*innen haben mit einem Streik gedroht, falls die Islamische Republik die Proteste auf den Straßen weiterhin unterdrückt.¹³ Wenn dies geschieht, wird sich die gesamte Dynamik ändern.

Sicher ist, dass der Aufstand neue Energie braucht, ein Ereignis, das es ihm ermöglicht, weiterzumachen, denn es ist sehr schwierig, einen solchen Aufstand über einen langen Zeitraum täglich aufrechtzuerhalten. Ganz allgemein hängt der Sturz der Islamischen Republik über die unmittelbaren Erfordernisse der Gegenwart hinaus sehr stark von entscheidenden organisatorischen Fragen ab, die nicht nur einen »kollektiven Intellekt« erfordern, sondern auch Zeit, um ihn durch Versuch und Irrtum in die Praxis umzusetzen. Das fehlende Glied ist eine organische Beziehung zwischen dem spontanen Massenaufstand und anderen organisierten Formen

13 Für eine Analyse des jüngsten Streiks der Ölarbeiter*innen siehe Iman Ganji und Jose Rosales, *The Bitter Experience of Workers in Iran – A Letter from Comrades*.

des Kampfes. Das bedeutet, dass jede Seite dieses Verhältnisses sich intern besser organisiert, durch die Bildung von lokalen und landesweiten Organisationen und besser koordinierte Aktionen zwischen den Gewerkschaften und Syndikaten.

Vor allem aber – und das ist entscheidend für die internationale Solidarität – müssen die radikalen Strömungen innerhalb der Bewegung gefördert und die reaktionären Elemente kritisiert werden. Die Revolution, die die Gesellschaft anstrebt, ist nicht nur eine politische Revolution, bei der die autokratische Islamische Republik durch eine andere – etwa eine demokratisch-liberalere – politische Form ersetzt wird. Es handelt sich auch um eine soziale Revolution, bei der nicht nur die individuellen Subjektivitäten der Menschen, sondern auch die wichtigsten gesellschaftlichen Strukturen umgestaltet werden. Konzernmedien im Westen (z.B. *BBC Persian* und *Iran International*) sowie prominente Aktivist*innen wie Masih Alinejad (die mit den konservativsten Kräften in den Vereinigten Staaten zusammenarbeiten, die für ein Abtreibungsverbot und einen »Regimewechsel« durch militärische Intervention eintreten) tun ihr Bestes, um die reaktionären Tendenzen innerhalb der Bewegung zu fördern, und reduzieren das gesamte Problem auf die Frage der »Menschenrechte«. Sie stellen die sozialen Beziehungen, die sich aus den Strukturen der kapitalistischen Gesellschaften ergeben, fälschlicherweise als rein juristische dar. Ihre manipulative Propaganda stellt eine reaktionäre Alternative dar, indem sie der Bevölkerung eine Dosis »Loyalismus« einflößt: eine Politik, die darauf abzielt, die durch die Revolution von 1979 gestürzte sozialpolitische Ordnung wiederzubeleben.

Die Menschen auf den Straßen sind nicht dumm; sie schenken dieser Erzählung keinen Glauben. Es ist wichtig, dass unsere internationalistischen Genoss*innen in der ganzen Welt die radikalen Tendenzen und Slogans der Bewegung unterstützen und sich der loyalistischen Diaspora entgegenstellen, die Nationalismus verbreitet, indem sie die Flagge Persiens vor der Revolution von 1979 auf Demonstrationen trägt.

Das Problem ist nicht nur, wie man die Islamische Republik stürzt, sondern wie man die Revolution und ihre fortschrittlichen Kräfte nach ihrem Sturz verteidigt. Je mehr Unterstützung radikale Kräfte und progressive Elemente erhalten, desto leichter wird es sein, die Revolution gegen reakti-

onäre Kräfte zu verteidigen. Die Islamische Republik spielt eine entscheidende Rolle bei der globalen Kapitalakkumulation (durch die Lieferung von Rohstoffen wie Öl und Gas) und auch bei den geopolitischen Machtbeziehungen im Nahen Osten. Es liegt auf der Hand, dass die regionalen und globalen Mächte alles tun werden, um den revolutionären Prozess und sein Ergebnis so zu gestalten, dass es ihren eigenen wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen entspricht. Nur mit einer starken internationalen Solidarität, die die radikalsten Tendenzen innerhalb der Bewegung unterstützt, könnte sich die noch junge Revolution gegen die reaktionären Kräfte des Loyalismus, gegen geopolitische Interventionen und gegen die gewaltsame Einbindung in globale Akkumulationskreisläufe behaupten.

Die Zukunft ist von Ungewissheit geprägt. Dennoch wird der Klassenkampf von unten gegen alle Formen von Herrschaft eine bedeutende treibende Kraft im Verlauf der Geschichte des Kapitalismus bleiben. Dessen sind wir uns sicher.



Kurdische linke Feministinnen zum feministischen Aufstand im Iran

Eine von linken Feministinnen aus Kurdistan verfasste und unterzeichnete Erklärung zum aktuellen feministischen Aufstand im Iran.

Sie hören hier unsere Stimme aus Kurdistan. Dies ist eine kollektive Stimme von linken und marginalisierten Feministinnen aus einer Region, deren Geschichte von Diskriminierung, Inhaftierung, Folter, Hinrichtung und Exil geprägt ist. Dies ist seit den ersten Tagen der Revolution von 1979 der Fall. Wir sind kurdische Frauen und queere Menschen, die eine Geschichte geerbt haben, die nicht nur von Gewalt, sondern auch von Kampf und Widerstand geprägt ist. Wir mussten immer an mehreren Fronten kämpfen: auf dem einen Schlachtfeld gegen das Patriarchat der kurdischen und nicht-kurdischen Männer, auf dem anderen gegen den islamistischen Fundamentalismus des Regimes und die Auferlegung seiner geschlechtsspezifischen Hierarchie. Gegen die chauvinistischen Feministinnen haben wir sehr hart gekämpft, um die Unterdrückung der Geschlechter in ihrer Überschneidung mit verschiedenen Formen der Herrschaft zu artikulieren, die uns als ethnisch-nationale Minderheit aufgezwungen werden.

Heute sind wir alle Zeugen einer feministischen Revolution im Iran, was Form und Inhalt betrifft. Der kurdische Slogan »Jin–Jiyan–Azadî« (»Frauen–Leben–Freiheit«) ist zum zentralen Refrain dieses Kampfzyklus geworden und verleiht ihm neues und frisches Leben. Wir bringen unsere kompromisslose Unterstützung für die Kämpfe der Menschen im Iran zum Ausdruck, insbesondere für die mutigen und unaufhaltsamen Kämpfe der Frauen auf den Straßen. Da der gegenwärtige Aufstand aus der Ermordung von Jina Amini durch die staatliche Femizidbewegung hervorgegangen ist, möchten wir diesen Aufstand nach Jina benennen: »die Bewegung von Jina« [»die Bewegung für das Leben«]. Der Name Jina bedeutet im Kurdischen sowohl Leben als auch lebensspendend und erinnert uns an Jiyan, den mittleren Teil des Slogans, der jetzt überall skandiert wird. Für uns ist Jina ein passender Name, weil wir glauben,

dass »Berxwedan jîyan e« [ein Verweis auf den kurdischen Slogan »Leben ist Widerstand«].

Dieser Aufstand hat nicht nur die Frage der geschlechtsspezifischen und sexuellen Unterdrückung zu einem öffentlichen Anliegen gemacht, sondern auch in der Praxis gezeigt, wie geschlechtsspezifische, ethnische und klassenbezogene Formen der Unterdrückung auf radikale Weise artikuliert werden können, nämlich als wechselseitig aufeinander bezogen. Diese politische Artikulation hat es den Demonstrant*innen ermöglicht, eine starke und geeinte Front gegen Diktatur, politischen Islam, Chauvinismus, Patriarchat und die Herrschaft des Kapitals zu bilden. Die Frauen und queeren Menschen, die die sozialen Kämpfe aus dem so genannten »privaten« Bereich in den »öffentlichen« Bereich, aus dem häuslichen Be-



reich auf die Straße gebracht haben, sind für uns wirklich inspirierend, denn sie haben gezeigt, dass die Befreiung von Patriarchat, Staat und Kapital tief miteinander verwoben ist.

Wir dürfen nicht vergessen, dass wir uns in einer kritischen Phase befinden, an einem entscheidenden Wendepunkt der Geschichte. Jina ist zu unserem gemeinsamen Code geworden, der uns in dieser vielschichtigen und schwierigen Situation vereint. Wir sehen uns als Teil der sozialen Bewegungen, die Gerechtigkeit für die Ermordung aller Jinas anstreben, insbesondere der feministischen und linken Bewegung, die sich gegen die Ermordung von Femizid und Queer wendet und sich gleichzeitig gegen »exklusive Nationalismen« (sei es auf der Seite der Linken oder der Rechten) wendet.

»Jin–Jiyan–Azadî« tauchte ursprünglich in den Kämpfen der kurdischen Frauen in der Türkei auf und wurde vor kurzem zu einem der wichtigsten Slogans in Rojava; im Iran verbreitete er sich in Windeseile in alle Ecken des ganzen Landes. Das Inspirierende an diesem Slogan ist, dass er die Grenzen überwinden kann, die historisch von kolonialen und imperialistischen Kräften im Nahen Osten errichtet wurden – so wie es die Kurdinnen und Kurden, eine Nation ohne Staat, in der Region getan haben, insbesondere die kurdischen Frauen. Wir betrachten diese transnationale und grenzüberschreitende Einheit als ein Zeichen für die Stärke der kurdischen Frauenbewegung, ja als ein gutes Omen. So wie wir uns als integraler Bestandteil der Frauenproteste und der queeren Gemeinschaften im Iran verstehen, nutzen wir auch den Aufbau der historischen Erfahrungen von Frauen und queeren Menschen in anderen Teilen Kurdistans im Irak, der Türkei und Syrien. »Jin–Jiyan–Azadî«, das traditionell bei der Beerdigung kurdischer Märtyrer*innen verwendet wird, wird nun auch bei der Beerdigung unserer Märtyrerin Jina Amini gesungen. Dies ermöglicht es uns, von der Macht, der Subjektivität und dem Mut der Frauen in ihrem Kampf gegen die patriarchalen Kräfte zu sprechen, die von Tod und Versklavung angetrieben werden.

Ausgelöst durch den staatlichen Femizid an Jina entwickelte sich der aktuelle Aufstand schnell zu einer Bewegung gegen die Hijab-Pflicht im Besonderen und für den Sturz des Regimes im Allgemeinen. Die Bewegung war in der Lage, die vorherrschenden Narrative und Bilder, die kurdische

Frauen wie auch Frauen anderer Ethnien im Iran darstellen, in zweierlei Hinsicht in Frage zu stellen, ja zu dekonstruieren. Erstens die rassistische Falschdarstellung der Nationalisten, die Frauen aus ethnischen Minderheiten als bloße Marionetten in den Händen politischer Parteien ohne eigene Macht darstellen. Zweitens die westliche orientalistische Sicht auf die Frauen des Nahen Ostens.

Die Repressionen und Gräueltaten des Regimes sind für niemanden eine Neuigkeit. Seit ihrer gewaltsamen Errichtung im Gefolge der Revolution von 1979 hat die islamische Republik auf alle sozialen Konflikte stets mit Repressionen reagiert, d.h. mit der Inhaftierung und Tötung von Demonstranten. Wie viele andere Menschen im Iran wurden auch Hunderte von Frauen und feministischen Aktivist*innen in den letzten zwei Wochen verhaftet und befinden sich nun im Gefängnis. Frauen und queere Menschen haben jedoch gezeigt, dass Angst sie nicht länger davon abhalten kann, sich an den verschiedenen, in der Gesellschaft wachsenden Bewegungen zu beteiligen. Sie können zu Vorreitern des Sturzes männlicher Diktatoren und Oligarchen in der gesamten Region werden und sind es bereits.

Was jetzt im Iran geschieht, verspricht den Beginn einer neuen historischen Ära des Kampfes gegen Gewalt, Fundamentalismus und die Vorenthaltung des Rechts auf Leben. Wir sehen uns als Teil dieser Bewegung und laden linke und feministische/queere Gruppen in der gesamten Region und im globalen Süden ein, sich uns in diesem Kampf anzuschließen. Wir rufen kurdische, türkische, arabische und balochische Feministinnen auf, sich uns anzuschließen, um die Intersektionalität der verschiedenen Formen von Herrschaft, die uns allen auferlegt sind, auf fortschrittliche Weise neu zu definieren, nämlich jenseits der patriarchalen Formulierungen ethnischer Unterdrückung. Wir rufen auch die antikapitalistischen und antirassistischen Feministinnen im »Westen« und in anderen Teilen der Welt auf, unsere Sache zu unterstützen und uns zur Seite zu stehen. Die Ideale der Freiheit und der Emanzipation können nicht verwirklicht werden, ohne das Recht auf unser Leben zurückzufordern; das ist genau das, was in Jin–Jiyan–Azadî widerhallt. Unsere feministische Revolution folgt diesem Slogan sehr genau und fordert eine wirklich globale Solidarität, um ihn in die Praxis umzusetzen.

Slingers Collective

Das schlagende Herz der Arbeiterbewegung im Iran

3. Mai 2022

Anlässlich des Internationalen Tags der Arbeit befasst sich dieser Artikel mit der Lage der Arbeiterklasse im Iran und den wirtschaftlichen und politischen Problemen, mit denen sie konfrontiert ist. Wir geben einen kurzen Überblick über einige der größten gewerkschaftlichen Aktivitäten des vergangenen Jahres und über die strukturellen Hindernisse, denen sich die Gewerkschaftsbewegung im Iran gegenüber sieht. Der Kampf der iranischen Arbeiterschaft ist vergleichbar mit den umfassenderen Kämpfen der weltweiten Arbeiterklasse – vor allem im globalen Süden – für sichere Arbeitsbedingungen, gerechte Löhne und angemessene Sozialleistungen. Wir glauben von ganzem Herzen an das, was Marx im Manifest festgehalten hat: »Der Kampf des Proletariats mit der Bourgeoisie ist zunächst ein nationaler Kampf.« Um die politische Vorherrschaft zu erlangen, muss die Arbeiterklasse zunächst ihre eigene Bourgeoisie besiegen. Im Kontext der beschleunigten Globalisierung und des Aufstiegs einer globalen Bourgeoisie sind die Bedingungen am Arbeitsplatz jedoch eng mit dem globalen politischen und wirtschaftlichen Kontext verbunden. Um die Arbeitsbedingungen zu verbessern, muss sich die Arbeiterbewegung daher mit den Problemen am Arbeitsplatz auf nationaler und internationaler Ebene auseinandersetzen. Unter diesen Bedingungen ist die internationale Solidarität ein unverzichtbarer Schritt für die endgültige Emanzipation der Arbeiterklasse vom Joch des globalen Kapitalismus.

Die historischen Lektionen lehren uns, dass die Solidarität aufgebaut werden muss; es ist ein Irrtum anzunehmen, dass sie aufgrund der Ähnlichkeit der Krise bereits existiert. Unser Versuch in dieser Serie und dem folgenden Artikel ist es, die analogen Bedingungen der Arbeit im Iran zu beleuchten, mit besonderem Augenmerk auf den neuartigen Widerstand, mit dem die Arbeiterklasse solche Hindernisse überwindet. Wir hoffen, dass die Lehren aus der iranischen Arbeiterbewegung zu weiteren Gesprä-

chen und eventuellen Bündnissen mit anderen Arbeitern der Welt führen, um eine zukünftige Alternative zu entwickeln.

Arbeiterbewegung im Iran

Seit 2010 hat der Klassenkampf im Iran exponentiell an Militanz und Organisation gewonnen. An der Spitze der fortschrittlichsten Fraktionen der Arbeiterbewegung haben die Industriearbeiter der Haft-Tappeh Sugar Cane Co und der Ahwaz Steel Co Showras und die Betriebsräte wieder in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt. In anderen Sektoren erhoben sich die Arbeiter gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und organisierten einige der größten und längsten Arbeiterproteste in der modernen Geschichte des Iran. Diese Phase des Gewerkschaftsaktivismus steht in krassem Gegensatz zu den frühen 2000er Jahren, als sich die Gewerkschaftsorganisationen in erster Linie darauf konzentrierten, bei den lokalen Regierungen Lobbyarbeit für punktuelle Reformen des Rechtssystems zu leisten. Heute jedoch, mit der Verschärfung der neoliberalen Angriffe und der brutalen Unterdrückung jeglicher Opposition, wird sich die Arbeiterklasse zunehmend der Unwirksamkeit von Reformen bewusst und geht dazu über, direkte Aktionen von unten durchzuführen.

2021 gab es eine Wiedergeburt der Militanz unter Ölarbeitern, Lehrern, Rentnern, Bahnsteigarbeitern, Eisenbahnern und Gemeindearbeitern. In den verschiedenen Sektoren haben die Arbeitnehmer ihren Widerstand gegen die ungezügelte Deregulierung des Arbeitsmarktes, die zu einer rapiden Verschlechterung der Arbeitsbedingungen geführt hat, zunehmend koordiniert. Viele der im 20. Jahrhundert errungenen grundlegenden Arbeitnehmerrechte, wie Mindestlöhne und der 8-Stunden-Arbeitstag, wurden zerstört. Diese Veränderungen haben die Existenzgrundlage der Arbeitnehmer bedroht und zu unsicheren Arbeitsplätzen, niedrigeren Löhnen und einer weit verbreiteten Zerstörung der Arbeitsplatzsicherheit geführt. Angesichts dieser aggressiven neoliberalen Politik finden die Arbeitnehmer oft nur durch Proteste und direkte Aktionen eine Lösung.

Im Folgenden gehen wir kurz auf einige der strukturellen Bedingungen ein, die durch die neoliberale Marktliberalisierung entstanden sind und die Existenzgrundlage der Arbeitnehmer bedrohen. Anschließend gehen

wir auf einige der wichtigsten Fälle von Arbeitermilitanz im vergangenen Jahr ein.

Neoliberalismus und die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes im Iran

Durch die Umsetzung der neoliberalen Politik hat der Iran die Arbeitsrechte ausgehöhlt, industrielle Vorschriften abgeschafft und viele staatliche Industrien und Ländereien für Privatbesitz oder staatlich sanktionierte Ausbeutung geöffnet. Wie alle Länder, die das neoliberale Projekt übernommen haben, nutzte die iranische herrschende Klasse eine soziale, wirtschaftliche und politische Krise, insbesondere die durch den Iran-Irak-Krieg verursachte Krise, um diese neue Form des Klassenkriegs zu beginnen. Als Gegenleistung für die finanzielle Unterstützung durch den von den USA unterstützten Internationalen Währungsfonds hat die iranische Regierung politische und wirtschaftliche Reformen, die die iranische Arbeiterklasse zerstören sollten, von ganzem Herzen mitgetragen. Preissubventionen wurden allmählich abgeschafft, der internationale Handel wurde gegenüber der inländischen Produktion bevorzugt, Gesetze zur Sicherheit am Arbeitsplatz und zur Entlohnung der Arbeiter wurden reduziert oder abgeschafft, und staatliches Eigentum wurde allmählich durch private und halbprivate Unternehmen ersetzt. Diese Politik ermöglichte es der herrschenden Klasse, das Kapital und die Ressourcen des Irans in einer Weise zu zentralisieren, wie es zuvor nicht möglich war, was zu einer nie dagewesenen Ungleichheit führte.

Die Flexibilisierung der Arbeit ist ein wichtiges Instrument für die Kapitalisten, um die Beschäftigungssicherheit und den Schutz der Arbeitsplätze zu verringern. Sie veränderte auch die Arbeitsstruktur hin zu einem flexibleren, kurzfristigen und unsicheren Arbeitsverhältnis. Die Flexibilität des Arbeitsmarktes ist zum Standard der Arbeitsverhältnisse in der ganzen Welt geworden. Zu den Faktoren, die zur Flexibilisierung im Iran beigetragen haben, gehören gesetzliche Bestimmungen, darunter die weit verbreitete Privatisierung ehemals staatlicher Industrien, Änderungen im Rechtssystem, die Zunahme von nicht standardisierten Kurzzeitverträgen und der Aufstieg von Subunternehmern.

Die Aushöhlung der Arbeitsrechte hat zu einer exponentiellen Zunahme der Prekarität geführt, dem unverzichtbaren Instrument des Neoliberalis-

mus zur Zerstörung der Macht der Arbeiterklasse. Die herrschende Klasse hat die sichere, vertraglich geregelte Arbeit ersetzt und damit begonnen, die Arbeiter gegeneinander und die Arbeiter gegen sich selbst auszuspielen, indem sie Arbeiter tageweise einstellte oder nach Lust und Laune entließ. Durch das Verbot unabhängiger Gewerkschaften, Tarifverhandlungen und anderer Arbeitnehmerrechte trug die Regierung maßgeblich zur Entwicklung der Prekarität im Iran bei. Als Reaktion auf die Selbstverteidigung der Arbeiterklasse führte der Staat militärische Überwachung, gewaltsame Unterdrückung und rechtliche Verfolgung ein. Die beispiellose Niederschlagung der Anti-Austeritätsaufstände vom Dezember 2017 und 2018 sowie der blutige November 2019 verfolgen die Regierung noch immer.

Schauen wir uns nun die beliebtesten Methoden der herrschenden Klasse in ihrem Klassenkrieg an:

Privatisierung der staatlichen Unternehmen

Im Jahr 2004 wurde die Privatisierung als Zusatz in die iranische Verfassung aufgenommen, der den Verkauf von Staatsbetrieben an private Unternehmen und Personen erlaubt. Im Jahr 2006 wurde ihr Schicksal besiegelt, als der Oberste Führer Khamenei verfügte, dass 80% des öffentlichen Sektors privatisiert werden sollten. Die Regierung folgte diesem Erlass und privatisierte bis 2015 mehr als 97% der Industrieunternehmen, so dass sich nur noch 1,17% aller Unternehmen im Iran in öffentlicher Hand befinden.¹ Vor der Privatisierung war die Existenz der meisten dieser Unternehmen jahrzehntelang stark von staatlicher Unterstützung und der Regulierung des Marktes abhängig. Angesichts der Deregulierung des Marktes, die Zölle und Importsubstitutionen aufhob, brachen viele dieser neu privatisierten Unternehmen und Fertigungsindustrien unter dem Druck des internationalen Wettbewerbs zusammen.

Hinzu kommt, dass mit der Finanzialisierung der Wirtschaft viele der neuen privaten Arbeitgeber zunehmend unproduktive Kapitalinvestitionen in Form von Finanzierungen, Immobilien, Derivaten und anderen Finanzinstrumenten als förderlicher für die Maximierung der Kapitalakku-

1 Statistisches Zentrum des Iran, 2021

mulation ansehen. Dies war ein zusätzlicher Grund für die hohe Rate von Betriebsschließungen nach der Privatisierung. In den vergangenen zwei Jahrzehnten drehten sich viele der Arbeiterproteste um Forderungen nach der Wiederverstaatlichung von Industrien, die nach ihrer Privatisierung in großem Umfang in Konkurs gegangen waren.

Der Druck des internationalen Marktes hat die verarbeitende Industrie des Irans weiter geschwächt und die Abhängigkeit von mineralgewinnenden Industrien wie Öl und Bergbau erhöht. Das Wirtschaftswachstum begann, sich auf Öl- und Mineralexporte zu stützen, wobei die Wirtschaft des Landes von der Höhe der Ölpreise auf dem Weltmarkt abhing. Die imperialistischen globalen Wirtschaftssanktionen verschärften diese Abhängigkeit von den Bodenschätzen noch, da das Wirtschaftssystem nicht in der Lage ist, auf nicht-gewinnende Industrien umzusteigen, und die Schwankungen auf dem Weltmarkt die Arbeiterklasse noch mehr verrohen lassen.

Das Aufkommen von Subunternehmern

Ein weiterer Faktor, der die Arbeitsbedingungen verschlechtert, ist das Aufkommen von Personalvermittlungsfirmen oder Dreiecksarbeitsverhältnissen. Um die Löhne weiter zu senken und den minimalen gesetzlichen Schutz zu umgehen, verlassen sich die Arbeitgeber auf Subunternehmer, die die Arbeitskräfte anwerben und die Projekte bis zur Fertigstellung überwachen. Oftmals sind an einem einzigen Projekt neben den eigenen Mitarbeitern des Unternehmens auch zahlreiche Vertragsfirmen beteiligt. So kann beispielsweise das Ölministerium ein Subunternehmen für ein Rohrleitungsprojekt beauftragen. Dieser Subunternehmer würde dann andere Subunternehmer beauftragen, um verschiedene Aspekte des Projekts zu übernehmen (Rohrleitungen, Schweißen, Pflügen, Bauarbeiten usw.). Es entsteht eine Hierarchie von Subunternehmern, die als komplexes System zur Verschleierung der Verantwortlichkeiten dient.

Darüber hinaus erschwert dieses labyrinthische System der Unterauftragsvergabe es den Arbeitnehmern, den tatsächlichen Arbeitgeber zu identifizieren und bessere Arbeitsbedingungen und Leistungen zu fordern. Wenn sie rechtliche Schritte einleiten, schieben das Vertragsunternehmen und

der Arbeitgeber im Laufe des Verfahrens die Schuld von sich, so dass die Arbeitnehmer beweisen müssen, wer letztendlich für die Arbeitsbedingungen und die Arbeitsrechte verantwortlich ist. Es gibt keine offiziellen Angaben über die Zahl dieser Unternehmen, aber es wird geschätzt, dass mindestens 3 Millionen Arbeitnehmer über diesen Mechanismus eingestellt wurden.²

Kurzfristige Nicht-Standard-Arbeitsverträge

Kurzfristige Arbeitsverträge wurden erstmals in den 90er Jahren eingeführt und ersetzen zunehmend langfristige Verträge. Kurzfristige Verträge werden im Allgemeinen in drei Arten unterteilt: Sie garantieren eine Arbeitsdauer von einer Stunde bis zu einem Tag, einem Monat oder bis zu einem Jahr. In allen Fällen haben die Arbeitnehmer keine Garantie auf eine Verlängerung des Vertrags. Wichtig ist, dass ein Arbeitnehmer mit einem befristeten Vertrag, der keinerlei Schutz oder Vorteile bietet, unbegrenzt wieder eingestellt werden kann – ein Arbeitnehmer kann zehn Jahre lang an derselben Stelle arbeiten und jederzeit entlassen werden. Zusätzlich zur Kurzzeitbeschäftigung erlauben die Verträge die sofortige Entlassung aus beliebigen Gründen vor Ablauf des Vertrags. Es wird geschätzt, dass über 90% der iranischen Arbeitskräfte diesen Kurzzeitverträgen unterliegen.³

Gesetzliche Ausnahmen für kleine Werkstätten, Freihandelszonen und Einwanderer vom Arbeitsrecht

Erschwerend kommt hinzu, dass eine beträchtliche Zahl von Arbeitnehmern von den wenigen gesetzlichen Schutzmaßnahmen und Rechten, die es gibt, ausgeschlossen ist. Beschäftigte in kleinen Werkstätten, in kritischen Industriezweigen (z.B. Öl), Beschäftigte in einer Freihandelszone (FTZ), Wanderarbeitskräfte, Beschäftigte in den Kommunen, in Gefängnissen und Beschäftigte in Unternehmen, die sich teilweise im Besitz des Staates befinden (halbstaatliche Organisationen wie Bonyad Shahid, Komiteh Emdad usw.), sind vom Arbeitsrecht ausgeschlossen. Schätzungsweise 13 Millionen Arbeitnehmer, d.h. über 15% der Bevölkerung, sind

2 Mohammad Maljoo, *The Vicious Circle Trapping Iranian Workers since the 1990s*, 2017

3 Kheirollahi, 2018 (in Farsi)

von den Gesetzen, die Mindestlöhne, Renten, Sicherheit am Arbeitsplatz und Versicherungen garantieren, ausgeschlossen.⁴

Die Arbeitgeber nutzen diese destruktive Politik, um die Arbeitnehmer daran zu hindern, am Arbeitsplatz Solidarität zu entwickeln. Indem sie Spannungen aufgrund von Alter, ethnischer Zugehörigkeit, Sprache, Qualifikationen und anderen Formen der Identität schüren, haben Manager und Industrieigentümer niedrige Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen aufrechterhalten, indem sie die Arbeitnehmer gegeneinander aufbringen. Die Arbeitgeber drohen einheimischen Arbeitnehmern damit, sie durch billigere Arbeitskräfte aus Einwandererfamilien zu ersetzen, und schüren damit Ressentiments gegenüber den Einwanderern, während sich die eingewanderten Arbeitnehmer über ihren niedrigen Status und die ständige Diskriminierung ärgern.

Da das neoliberale Projekt einen Klassenkrieg führt, indem es versucht, den Arbeiter mit wenig Schutz und vielen Feinden zurückzulassen, musste die Arbeiterklasse die Solidarität innerhalb der Klasse und ihre kämpferischen Organisationen völlig neu aufbauen. Obwohl die Plötzlichkeit und Brutalität des Neoliberalismus einige überrumpelt hat, beginnen wir, die Keimlinge eines organisierten und aggressiven Gegenangriffs zu sehen. Dieser Gegenangriff und sein Erfolg hängen zunehmend von einer branchen- und ethnienübergreifenden Zusammenarbeit ab, auch wenn er sich noch in einem frühen Stadium befindet.

Werfen wir nun einen Blick auf einige der langwierigen Arbeitskämpfe im Jahr 2021

Erdöl und Ölarbeiter

Die Streiks in der Erdölindustrie – bekannt als die »10–20-Kampagne« (10 Tage Ruhezeit für 20 Tage Arbeit) – gehörten zu den bedeutendsten Arbeitsk Kampfmaßnahmen des vergangenen Jahres, sowohl was die Organisation als auch den Umfang betrifft. Da es sich um einen der größten und längsten Streiks in der Ölindustrie handelte, erinnerten diese Streiks stark an die Ölstreiks, die 1979 die Revolution auslösten. Die Streiks

4 Kheirollahi, 2018 (in Farsi)

wurden von Facharbeitern in der Schweiß- und Rohrleitungsabteilung begonnen, weiteten sich aber schnell auf mehr als 100 Zulieferbetriebe in der gesamten Erdölindustrie in mehr als 15 Provinzen aus. Die Streikenden forderten bessere Arbeitsbedingungen, u.a. kürzere Arbeitszeiten, das Recht auf einen offiziellen Vertrag und die Wiedereinstellung der über 300 entlassenen Streikenden. Die Bedeutung dieser Streiks ist besonders bemerkenswert, da sie von den prekärsten Arbeitnehmern in der Ölindustrie organisiert werden, die oft auf Tages- oder Stundenbasis ohne rechtlichen Schutz und ohne Gewerkschaften angestellt sind.

Die Streiks begannen im Juli 2021 in der Pars Special Economic Energy Zone (PSEEZ) in Asaluyeh, einem der größten Gasfelder der Welt. Ähnlich wie in der Freihandelszone (FTZ) sind die Beschäftigten in der PSEEZ von den wenigen gesetzlichen Schutzmaßnahmen und Rechten ausgenommen, die im Arbeitsgesetzbuch vorgesehen sind. Die von Subunternehmern angeheuerten Wanderarbeiter leben und arbeiten unter extrem schwierigen Bedingungen und ohne Sicherheitsmaßnahmen am Arbeitsplatz. Da die Temperaturen im Sommer bis zu 140 Grad Celsius erreichen können, was besonders für die Arbeiter in der Schweißabteilung gefährlich ist, und sie unter unmenschlichen Bedingungen in kleinen Schlafsälen ohne grundlegende sanitäre Einrichtungen leben, sind die Arbeiter zahlreichen gesundheitlichen Problemen und sogar dem Tod ausgesetzt. Darüber hinaus haben die prekär Beschäftigten keine rechtliche Handhabe, um für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu verhandeln.

Darüber hinaus werden die Arbeitsbedingungen durch die Auslagerung der Arbeitskräfte an ein Labyrinth von Subunternehmern noch prekärer, da die Subunternehmer für die von ihnen eingestellten Arbeitnehmer niedrigere Löhne und Leistungen festlegen. Im Gegensatz dazu haben formelle Arbeitnehmer, die meist direkt vom Ölministerium eingestellt werden, einen sicheren, unbefristeten Vertrag mit Löhnen, die oft 3 bis 5 Mal höher sind als die der Zeitarbeiter. In der Ölindustrie stehen die qualifizierten Arbeiter, die von Subunternehmern eingestellt werden (die mit den Streiks begonnen haben), in der Hierarchie ganz unten, während die Weißen, zumeist formelle Arbeiter, an der Spitze stehen. Dieses arbeitsteilige System hat in der Vergangenheit die Mobilisierungsversuche der prekär Beschäftigten stark behindert, da sie auf den Widerstand der formellen Beschäftigten stießen. Im Jahr 2021 wurde der von den prekär

Beschäftigten organisierte Generalstreik jedoch zum ersten Mal nicht von den formellen Beschäftigten verurteilt. Dies ist ein wichtiger Fortschritt für die Arbeitskämpfe in der Ölindustrie, da sich die Beschäftigten erfolgreich über die trennenden Beschäftigungspraktiken hinwegsetzten und sich auf den verschiedenen Einstellungsebenen organisierten.

Diese Streiks wurden vom Organizing Council of Contract Oil Workers organisiert. Ein dezentraler Rat, der nicht als gewähltes Vertretungsorgan auftrat, sondern sich aus fortschrittlichen Arbeitnehmern aus verschiedenen Unternehmen mit beeindruckenden organisatorischen Fähigkeiten zusammensetzte. Der Rat stellte auch einen kohärenten Forderungskatalog auf, der wichtige Themen umfasste, darunter Lohnerhöhungen in Höhe der Inflationsrate, die Abschaffung der FTZ und der Subunternehmer, Sicherheit am Arbeitsplatz und schließlich das Streik- und Gewerkschaftsrecht. Um die Streiks zu brechen, griffen die Arbeitgeber auf verschiedene Taktiken zurück, darunter die Unterbrechung der Wasserversorgung in den Wohnheimen, die Entlassung von Streikenden und die Gründung gelber Gewerkschaften. Der Rat ging jedoch erfolgreich auf diese Probleme ein und hielt die Streiks trotz ihrer Länge am Leben.

Letztlich blieben die Ergebnisse uneinheitlich, was auf die vielschichtige Beschäftigungsstruktur verschiedener Subunternehmen mit unterschiedlichen Leitungsgremien und Managementstrategien zurückzuführen war. Einige Auftragnehmer gaben den Forderungen der Arbeitnehmer nach, während andere sie weiterhin ignorierten, indem sie die Belegschaft ersetzten. Obwohl einige Unternehmen anfangs versprachen, die Forderungen der Streikenden zu erfüllen, blieben die Hauptforderungen, darunter Arbeitsplatzsicherheit, kürzere Arbeitszeiten und höhere Löhne, weitgehend unbeantwortet.

Plattformarbeiter (Snapp!)

2021 gab es einen weiteren breit angelegten Streik der Fahrer von Snapp Food. Snapp ist die größte Mitfahrzentrale und das größte Startup-Unternehmen im Iran. Trotz erdrückender Sanktionen stammen über 80% des Anteils von Snapp von ausländischem Investitionskapital (siehe Artikel). Nach dem Vorbild von Uber funktioniert Snapp über ein Peer-to-Peer-Netzwerk, das Kuriere/Fahrer mit Personen verbindet, die eine Fahrt oder

Lieferung benötigen. Dieses Modell basiert auf maximaler Ausbeutung, indem es Prekarität und Arbeitslosigkeit zum Kernstück seines Geschäftsmodells macht. Unter Ausnutzung der chronischen Arbeitslosigkeit, der Prekarität und der Sparmaßnahmen der Regierung bietet Snapp einer Masse von arbeitslosen Arbeitnehmern, die dringend ein Einkommen benötigen, ein bloßes Mindesteinkommen, wodurch die Löhne unterboten werden und die Prekarität weiter zunimmt. Diese Überausbeutung wird noch dadurch verschärft, dass Snapp alle mit dem Geschäft verbundenen Risiken und Verantwortlichkeiten auf die Fahrer abwälzt und alle Kosten wie Versicherung, Benzin und Wartung den Arbeitern aufbürdet. Dies hat dazu geführt, dass Snapp jährlich über 1 Milliarde Dollar Gewinn erwirtschaftet und eine Bewertung von 2 Milliarden Dollar erreicht hat.

Im Gegensatz zu anderen Wirtschaftsformen ist Snapp nicht Eigentümer des Kapitals, das seinen Wert schafft. Das Kapital (d.h. das Auto, das Fahrrad), das für das Unternehmen Werte schafft, gehört den Arbeitnehmern, die immer weniger Mehrwert erhalten. Trotz des Etiketts »Unternehmer«, das das Unternehmen seinen Arbeitern anheftet, hat Snapp seine Arbeiter in nichts anderes als Leibeigene verwandelt. In diesem Sinne ist das Uber/Snapp-Modell sowohl ein Symptom als auch eine Ursache des zunehmend prekären Arbeitsmarktes.

Die Snapp-Beschäftigten werden in mehrfacher Hinsicht ausgebeutet. Da sie nicht als Angestellte des Snapp-Unternehmens, sondern als unabhängige Auftragnehmer mit flexiblen Vereinbarungen betrachtet werden, sind sie von dem mageren Schutz ausgeschlossen, den Arbeitsvorschriften wie Mindestlöhne und Sicherheitsmaßnahmen am Arbeitsplatz bieten. Darüber hinaus sind sie nicht versichert, erhalten keinen Schutz gegen Unfälle und mögliche Verletzungen während des Dienstes und haben keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld oder Rentenpläne. Die Fahrer werden außerdem durch willkürliche Unternehmensrichtlinien eingeschränkt. So werden beispielsweise Fahrer mit mehr als 20 Kündigungen automatisch aus ihrem Konto gestrichen, ohne dass der Arbeitgeber ein rechtliches Verfahren für die Entlassung von Arbeitnehmern einleiten muss; nur selten haben sie die Möglichkeit, gegen solche Entscheidungen Einspruch zu erheben. Darüber hinaus führt die alleinige Verantwortung der Arbeitnehmer für fast alle Betriebskosten, einschließlich Benzin, Versicherung, Fahrzeugwartung und alle Kosten im Zusammenhang mit möglichen

Auseinandersetzungen oder Streitigkeiten mit Kunden, zu einer erheblichen Lohnunsicherheit, da der Verdienst oft durch die Betriebskosten verloren geht.

Diese Kombination aus Arbeitsplatz- und Einkommensunsicherheit und der schwindelerregenden Inflationsrate hat die Unzufriedenheit der Snapp-Fahrer in den letzten Jahren erhöht. In den letzten vier Jahren sind die Snapp-Fahrer fünfmal in den Streik getreten. Jedes Mal waren niedrige Löhne und Arbeitsbedingungen die Hauptforderungen der Arbeitnehmer. Die Streiks im letzten Jahr umfassten Forderungen nach Lohnerhöhungen und weitreichendere wirtschaftliche und soziale Themen, darunter Arbeitsplatzunsicherheit, Versicherungen, Diskriminierung bei der Einstellung aufgrund der ethnischen Herkunft, Disziplinarmaßnahmen des Unternehmens und die Forderung nach Wiedereinstellung von Arbeitnehmern, die aus Protest entlassen wurden.

Zwar gelang es den Arbeitnehmern, eine große und weit verstreute Gruppe von Beschäftigten zu organisieren, doch wurde ihr Streik umgehend beendet, als das Unternehmen eine magere Erhöhung des Fahrpreises anbot. Ihre umfassenderen Forderungen nach einem sicheren Arbeitsumfeld blieben erneut ungehört. Dieses Problem hängt mit dem Wesen der Plattformökonomie und der äußerst prekären Lage ihrer Beschäftigten zusammen. Die mit dem Neoliberalismus verbundenen geteilten Arbeitsbeziehungen und der zeitlich begrenzte Charakter der Arbeit haben erhebliche Hindernisse für die Organisation der Arbeiterklasse geschaffen. Dies wird für Snapp-FahrerInnen noch verschärft, da sie relativ isoliert arbeiten, nicht an einem ähnlichen Ort oder zu einer ähnlichen Zeit mit anderen ArbeiterInnen; die meisten ArbeiterInnen kennen sich also nicht. Darüber hinaus bestechen die Arbeitgeber einige Arbeitnehmer mit zusätzlichem Geld oder höheren Positionen, um die entstandene Spaltung unter den Arbeitnehmern auszunutzen. Das Zusammentreffen dieser Probleme stellt ein großes Hindernis für die Bildung langfristiger Organisationen mit einer klaren Strategie und engagierten Mitgliedern dar, die mit früheren Kämpfen vertraut sind und das Unternehmen und seine räuberischen Praktiken kennen.⁵

5 Analyse der Snapp-Lebensmittelstreiks im Iran: <https://slingerscollective.net/analysis-of-snappfood-strikes-in-iran-part-1/>

Rentner

Die Bewegung der Rentner steht seit Jahren an der Spitze der Arbeiterproteste. Im Jahr 2021 organisierte sie mindestens neun gleichzeitige Proteste in mehreren Provinzen. Als die meisten Protestaktivitäten aufgrund der COVID-19-bedingten Schließung der öffentlichen Einrichtungen eingestellt wurden, setzten die Rentner ihren Kampf fort, während viele andere Gruppen ihre Aktivitäten aufgrund der Schließung vorübergehend einstellten. Dies spiegelt sich in einem der wichtigsten Slogans der Rentnerbewegung wider, der die Bedeutung des öffentlichen Raums für die Erreichung ihrer Ziele hervorhebt. Unter diesen Bedingungen spielten die Rentner eine wichtige Rolle dabei, die Arbeiterklasse zu ermutigen, die Straßen zurückzuerobern und die sozialen Beziehungen nach einer langen Zeit des Schweigens wiederherzustellen.

Die Rentnerbewegung setzt sich aus verschiedenen Sektoren wie der Ölindustrie, den Lehrern und den Gemeindearbeitern zusammen. Obwohl sie als Zusammenschluss von Arbeitern und Angestellten verschiedener Produktions- und Dienstleistungssektoren nach dem Eintritt in den Ruhestand gedacht ist, sind auch diejenigen, die wegen gewerkschaftlicher Betätigung entlassen wurden, Teil der Rentnerbewegung und ihrer Organisationen. Diese Kombination führt zu einer großen Bewegung, in der sich Arbeitnehmer aus allen Branchen in zentralen Fragen zusammenschließen. Diese Merkmale haben die Rentnerbewegung auch zu einer der Hochburgen der iranischen Arbeiterbewegung gemacht.⁶

Die Rentner sind in zwei nationalen Organisationen organisiert, darunter die Rentnerallianz Iran und der iranische Rentnerrat. Diese Organisationen sind relativ klein, haben aber eine beachtliche Basis, da die Rentner ihnen ihr Vertrauen schenken. Neben diesen nationalen Organisationen gibt es noch zwei weitere Formen von Organisationen, die unter den Rentnern weit verbreitet sind. Zum einen die lokalen Organisationen, die die Rentner je nach geografischem Standort zusammenführen, wie die Rentnerorganisationen in den Städten Ahvaz und Rasht. Die zweite Form der Rentnerorganisation besteht aus Sektoren und Gilden, in denen die Rent-

6 Über die Bedeutung der Protestbewegung der Rentner im Iran, 2021: <https://slingerscollective.net/on-the-importance-of-the-pensioners-protest-movement-in-iran/>

ner über ihre Arbeitsplätze verbunden und organisiert sind. So ist beispielsweise die Rentnerorganisation der Ahwaz Steel Company oder der Homa Airline Company auf betrieblicher Basis entstanden.

Zu den wichtigsten Forderungen gehören die Anhebung der Renten entsprechend der Inflationsrate und das Recht auf Tarifverhandlungen. Unabhängig von ihrer Form waren alle diese Organisationen Ziel staatlicher Repressionen, einschließlich Einschüchterung, Verhaftung und Inhaftierung ihrer Mitglieder. Trotz des harten Vorgehens der Regierung gegen diese Organisationen zeugt ihre Fähigkeit, in kurzer Zeit zahlreiche gemeinsame Proteste zu organisieren, von ihrem Einfluss unter den Rentnern und ihrem taktischen Wissen.

Lehrer

Nach zwei Jahrzehnten des Kampfes hat sich die Lehrerbewegung zu einer der einheitlichsten und am weitesten verbreiteten Arbeiterbewegungen unserer Zeit entwickelt. Zwischen Januar und März 2021 gingen die Lehrer mindestens fünfmal in mehr als 100 Städten auf die Straße. Diese Proteste umfassten große Sitzstreiks vor dem Gebäude des Bildungsministeriums in Teheran, die fast vier Wochen dauerten. An der Bewegung beteiligen sich Lehrkräfte mit befristeten oder unbefristeten Verträgen, tage- oder stundenweise angestellte Lehrkräfte ohne Vertrag, Vorschullehrer, Schulpersonal (z.B. Hausmeister) und pensionierte Lehrkräfte. Die Lehrerbewegung hat auch eine breite Koalition mit anderen gesellschaftlichen Gruppen gebildet. Die Gewerkschaftsbewegung, die Studentenbewegung und in jüngster Zeit eine große Zahl politischer und zivilgesellschaftlicher Aktivisten haben sich immer wieder mit der Lehrerbewegung solidarisch erklärt.

Die Lehrerbewegung war nicht nur bei der Organisation, sondern auch bei der wirksamen Artikulation ihrer Forderungen erfolgreich. Die Forderungen der Lehrerinnen und Lehrer gingen oft über Fragen des täglichen Lebensunterhalts hinaus und umfassten eine Reihe gesellschaftspolitischer und wirtschaftlicher Themen wie die sozialen Rechte von Schülern und Lehrern, Privatisierung und staatliche Repressionen. Häufige Forderungen waren beispielsweise das Recht auf freien und »ideologiefreien« Unterricht für alle Schüler, einschließlich der afghanischen Einwanderer,

das Recht auf Unterricht in den Muttersprachen (Belutschisch, Türkisch, Kurdisch, Gilaki, Arabisch usw.), bessere Arbeitsbedingungen, Arbeitsplatzsicherheit und Sozialleistungen, die Anerkennung des Rechts auf eine unabhängige Vereinigung sowie die Freilassung inhaftierter Lehrer.

Das Bildungswesen war eine der ersten Institutionen, die vom Neoliberalismus unmittelbar vor Kriegsende 1988 ins Visier genommen wurde. In den letzten Jahrzehnten hat die rasche Privatisierung von Schulen dazu geführt, dass hochwertige Bildung zu einem Luxusgut geworden ist, das für Arbeiterkinder unerreichbar ist. Daten zeigen, dass Privatschulen eine deutlich höhere Aufnahmequote an Universitäten haben als öffentliche Schulen. Öffentliche Schulen sind nicht völlig kostenlos, da sie Einschreibe- und Zeugnisgebühren erheben. Diejenigen, die diese Gebühren nicht zahlen können, meist Kinder aus der Arbeiterklasse und ethnische Minderheiten, sind gezwungen, die Schule ganz abzubrechen und ins Berufsleben einzutreten. Die Kommodifizierung der Bildung schafft somit die materiellen Voraussetzungen für die Schaffung und Ausbeutung von Kinderarbeit. Die Forderungen der Lehrerbewegung nach dem Recht auf kostenlose Bildung und Bildungsgerechtigkeit für die Arbeiterklasse, Einwanderer und ethnische Minderheiten verdeutlichen die tiefgreifenden Probleme, die mit der Kommerzialisierung der Bildung in den letzten drei Jahrzehnten verbunden sind.

Die neoliberale Politik hat auch die Art der Arbeit für Lehrer verändert. Ähnlich wie in anderen Sektoren hat die Flexibilisierungspolitik zu einer Stratifizierung der Arbeitskräfte im Bildungswesen geführt. Zwar sind alle Lehrkräfte von Arbeitsplatz- und Lohnunsicherheit betroffen, aber einige sind noch stärker von Unsicherheit betroffen. Die stundenweise beschäftigten Lehrkräfte sind die am meisten gefährdeten Arbeitskräfte im Bildungswesen. Das Bildungsministerium bedient sich einer massiven Reservearmee arbeitsloser Hochschulabsolventen und stellt sie ohne Verträge oder Sozialleistungen ein, wobei sich die Bezahlung oft um Monate verzögert. Anders als in den meisten Fällen, in denen die Spaltung der Arbeitskräfte zu einer Isolierung der prekär Beschäftigten führte (wie z.B. in der Ölindustrie), hat die Lehrerbewegung die Forderungen der prekär Beschäftigten unermüdlich in den Mittelpunkt der Bewegung gestellt. Auf diese Weise ist es der Lehrerbewegung relativ gut gelungen, die Arbeiterschaft im Bildungssystem zu vereinheitlichen.

Das wichtigste Organisationszentrum der Lehrerbewegung ist der Coordinating Council of Teachers Associations of Iran, eine unabhängige Basisorganisation, die in den letzten Jahren zunehmend an Einfluss und Bedeutung gewonnen hat. Der Koordinierungsrat entstand Anfang der 2000er Jahre aus der historischen Notwendigkeit heraus, dass sich die Lehrerverbände und die Lehrgewerkschaft auf nationaler Ebene organisieren. Zuvor diente die Existenz von Lehrgewerkschaften und -verbänden dazu, die Bewegung zu demobilisieren, indem Forderungen lokalisiert und durch den bürokratischen Apparat kanalisiert wurden. Nach der Verschärfung der neoliberalen Politik in den 2010er Jahren und der systematischen Unterdrückung der Opposition in der Bevölkerung verloren die Lehrgewerkschaften jedoch ihre Glaubwürdigkeit und machten den Weg frei für neue, vom Staat unabhängige Organisationen mit militanteren Strategien. Dieser Wandel veranlasste die jüngeren und radikalen Kräfte innerhalb der Lehrerbewegung, die zuvor eher am Rande aktiv waren, die Kontrolle über die Bewegung zu übernehmen. 2017 wurde der Coordinating Council of Teachers Associations (Koordinationsrat der Lehrerverbände) wieder zur wichtigsten mobilisierenden Kraft, die in der Lage ist, sich über alle Positionen und geografischen Bereiche hinweg zu organisieren, von Vertragslehrern über stundenweise Beschäftigte bis hin zu pensionierten Lehrern.⁷

Es ist offensichtlich, dass sich die Lehrerbewegung zu einer stärker organisierten Bewegung mit aggressiveren Widerstandsstrategien entwickelt hat. Während frühere Proteste, insbesondere während der Kämpfe 2018 und 2019, räumlich auf Schulen in Form von Schließung von Klassenräumen und Sitzstreiks innerhalb des Schulgeländes beschränkt waren, haben die jüngsten Protestwellen den Kampf außerhalb der Schulmauern und in den öffentlichen Raum verlagert. So haben die jüngsten Streiks vor allem die Form von Besetzungen wichtiger öffentlicher Räume, einschließlich Regierungsgebäuden, angenommen. Diese Strategie hat der Bewegung zu mehr Schwung und Sichtbarkeit verholfen. Der Staat hat versucht, die Bewegung zu schwächen und zu unterdrücken, indem er aktive Lehrerinnen und Lehrer entließ, sie strafrechtlich verfolgte und aufgrund falscher Anschuldigungen verklagte und zu langen Haftstrafen verurteilte. Diese Methoden haben die Lehrerbewegung kaum zum Schweigen gebracht,

7 Die Bewegung der Lehrer im neuen Schuljahr: <https://slingerscollective.net/iranian-teachers-movement-in-the-new-academic-year/>

sondern im Gegenteil zu ihrem Wachstum und ihrer zunehmenden Militanz beigetragen.⁸

Beschäftigte im Dienstleistungssektor und im öffentlichen Dienst

Weitere Sektoren, in denen die Beschäftigten im vergangenen Jahr gestreikt haben, sind die städtischen Beschäftigten, einschließlich der Landschaftspfleger und der Müllabfuhr. Diese Beschäftigten werden häufig mit Zeitverträgen von Subunternehmern eingestellt, die von der Stadt beauftragt wurden. Die Hauptforderungen der Beschäftigten betreffen überfällige Löhne, Lohnerhöhungen und Arbeitsplatzsicherheit. Aufgrund des Fehlens bestehender Organisationen und der Unbeständigkeit der Arbeit war die Zahl der Streiks in kleinen und abgelegenen Städten größer. In diesen Gebieten spielen lokale Beziehungen und Bekannte eine vermittelnde Rolle bei der Zusammenführung von Arbeitnehmern, die weder eine Gewerkschaft noch eine politische Organisation haben. Trotz dieser Hindernisse traten die städtischen Beschäftigten in einigen Großstädten, darunter Ahvaz, eine der wichtigsten Städte im Süden Irans, in einen groß angelegten Streik, der eine Woche dauerte. Während dieses Streiks weigerten sich die Beschäftigten, Müll abzuholen. Der Streik profitierte von der Solidarität der Bevölkerung, die ihren Müll vor dem Stadtgebäude von Ahvaz ablad. Im Februar 2022 protestierten die städtischen Beschäftigten erneut in Solidarität mit den protestierenden Arbeitern der Ahvaz-Stahlfabrik, einem der wichtigsten Zentren der Arbeitskämpfe im Iran. In beiden Fällen erlaubten es jedoch die fehlende Organisation und die befristeten Arbeitsbedingungen den Regierungsbeamten und Arbeitgebern, die Forderungen der Beschäftigten nicht zu ignorieren. In verschiedenen Städten wurden Beschäftigte im Dienstleistungssektor von Sicherheitskräften festgenommen und inhaftiert, und Tagelöhner wurden ersetzt, um die Streiks zu brechen.

Auch Busfahrer, die bei Subunternehmen beschäftigt sind, streikten und erhielten Solidarität vom Syndikat der Teheraner Busfahrer und Vorstadtbusfahrer. In einem seltenen Fall protestierten im Januar 2021 Feuerwehrleute vor dem Gebäude der Stadtverwaltung in Teheran, was ein Zeichen dafür war, dass sich neue Teile der iranischen Arbeiterschaft an

8 Zur Verteidigung der LehrerInnen-Bewegung: <https://manjanigh.de/wp-content/uploads/2022/04/falakhan210.pdf> (auf farsi)

den Arbeiterprotesten beteiligten. Weitere Proteste gab es bei zahlreichen Regierungsangestellten, und erstaunlicherweise schlossen sich auch Gefängnisbedienstete den Protesten an, was die Tiefe der Krise verdeutlicht.

Im Eisenbahnsektor gab es nach zwei groß angelegten landesweiten Streiks in den Jahren 2018 und 2019 im vergangenen Jahr keinen landesweiten Streik, was möglicherweise auf den Einfluss regierungsnaher Gewerkschaftsströmungen unter den Streikorganisatoren zurückzuführen ist. Trotz der Demobilisierung führte die Weigerung der privaten Arbeitgeber, die Löhne pünktlich zu zahlen, im vergangenen Jahr zu vereinzelt, aber zahlreichen Protesten und Kundgebungen. Außerdem werden wichtige Gewerkschaftsorganisationen wie der halb geheime Koordinierungsrat der Eisenbahner und des Personals durch den Druck der Regierung zum Schweigen gezwungen. In Ermangelung eines solchen wichtigen Organisationsgremiums gelang es den Arbeitgebern, die Proteste durch leere Versprechungen und Schuldzuweisungen an das Ministerium für Straßenwesen zu unterbinden. In der Zwischenzeit nutzte der Islamische Arbeitsrat, die regierungsnaher Arbeitnehmerorganisation, seine Macht und seinen Einfluss, um den Koordinierungsrat der Eisenbahner, Instandhaltungsarbeiter und technischen Angestellten, ein wichtiges und unabhängiges Organ der Eisenbahner, zu zerstören. Dieses vom Arbeitsminister in Zusammenarbeit mit den regierungsnahen Gewerkschaftsorganisationen organisierte Komplott scheint erfolgreich gewesen zu sein.

Neben den Beschäftigten des Dienstleistungssektors streikten im vergangenen Jahr auch die Bergleute in verschiedenen Minen mehrmals. Einer der bedeutendsten Streiks fand im Mai 2021 statt, als Hunderte von Chromitbergleuten in der Provinz Kerman, einer der zentralen Provinzen Irans, einen massiven Streik führten und gemeinsam mit ihren Familien eine Straßenblockade errichteten. Der Streik war so massiv und militant, dass die örtlichen Behörden trotz des Einsatzes von Spezialkräften zur Aufstandsbekämpfung aus den beiden Nachbarprovinzen schließlich zu kleineren Zugeständnissen gezwungen wurden. Die Hauptforderungen der Bergleute waren die Ablösung der Auftragnehmer, die Einführung von Einjahresverträgen und eine allgemeine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen für die Arbeiter, die zwar versprochen, aber nicht eingehalten wurden. Die Zugeständnisse waren jedoch nicht mehr als eine Finte. Nachdem die Regierung alle Vereinbarungen rückgängig gemacht

und weitere Verhandlungen verweigert hatte, nahmen die Beschäftigten den Streik wieder auf, um ihn im November 2021 mit aller Härte zu unterdrücken. Im Laufe des vergangenen Jahres kam es zu mehreren Streiks in anderen Bergwerken, die ebenfalls gewaltsam unterdrückt wurden.

Schlussfolgerung

In diesem Artikel haben wir die sich verändernde Struktur des Arbeitsmarktes und ihre Auswirkungen auf die gewerkschaftliche Organisierung im Iran untersucht. Wir haben einige der wichtigen Gesetzesreformen hervorgehoben, die den Weg für eine weitere »Flexibilisierung« und Ausbeutung der Arbeitskräfte im Iran geebnet haben. Wir haben aufgezeigt, wie die Entfremdung und Entfremdung der ArbeitnehmerInnen durch spezifische rechtliche Mittel wie Privatisierung, Zeitarbeit und atypische Arbeitsverhältnisse sowie das verflochtene System der Unterauftragsvergabe zugenommen hat. Willkürliche und abrupte Kündigungen wurden eingesetzt, um die Löhne zu drücken und als Disziplinarmaßnahme gegen abweichende Meinungen. In einer Übergangszeit, in der die Beschäftigten von verschiedenen Subunternehmern angeworben werden, ist die Organisierung eines einheitlichen Gremiums äußerst schwierig. Unter solchen Bedingungen befindet sich ein Großteil der Beschäftigten in einem ständigen Wandel: Sie werden von einem Unternehmen eingestellt, um eine Arbeit in einem anderen Unternehmen zu erledigen, und unterliegen den Unternehmensrichtlinien, während sie von ihren Kolleginnen und Kollegen, die nicht zu ihrem Unternehmen gehören, getrennt sind. Diese Trennung wird noch verschärft durch eine Hierarchie verschiedener Lohn- und Leistungsstufen, die zwischen den Arbeitnehmern auf der Grundlage ihres Grades an Prekarität eingerichtet wurde. Dieser hierarchische Mechanismus dient dem Kapital dazu, die Arbeitnehmer gegeneinander auszuspielen und die Solidarität einzuschränken. Dies zeigte sich bei den Ölstreiks im Jahr 2020, als prekär Beschäftigte den Gegenschlag von Arbeitnehmern mit langfristigen Verträgen zu spüren bekamen.

Die störenden und isolierenden Arbeitsbedingungen, die zu Entfremdung und Entfremdung führen, haben in allen Sektoren im Iran zu Militanz geführt. In dem Maße, wie die Arbeit prekärer wird, halten die Arbeitnehmer die Konzentration der bürokratischen Gewerkschaften auf die rechtliche Vertretung für unzureichend, um ihren Bedürfnissen unter den

neuen Formen der kapitalistischen Ausbeutung gerecht zu werden. Dies veranlasste die prekär Beschäftigten dazu, ihre kämpferischen Organisationen neu zu gründen. In einigen Fällen forderten die Arbeitnehmer die bestehenden Organisationen erfolgreich heraus, ihre Interessen zu vertreten (wie im Fall der Lehrerbewegung). In anderen Fällen gründeten die Arbeitnehmer ihre eigenen parallelen Organisationen, entweder weil es keine bestehende Institution gab oder weil die reaktionären Kräfte die bestehende Organisation fest im Griff hatten. Dies war sowohl in der Ölindustrie als auch bei den Snapp-Fahrern der Fall. In allen Fällen sind die prekär Beschäftigten gezwungen zu erkennen, dass bürokratische Prozesse nicht in der Lage sind, ihre materiellen Bedingungen zu verbessern. Da es keine anerkannten Gewerkschaften gibt, sind die Ergebnisse dieser Arbeitskämpfe gemischt. Dennoch gibt es Anzeichen dafür, dass die Gewerkschaftsbewegung zunehmend an Zugkraft gewinnt und einige kleinere Erfolge und Verbesserungen erzielt.

Außerdem werden den Arbeitnehmern sowohl von den Arbeitgebern als auch vom Staat rechtliche Hindernisse für eine unabhängige Organisation in den Weg gelegt. Um ein sicheres Umfeld für die Kapitalakkumulation zu gewährleisten, hat der Staat zunehmend einen aggressiven und autoritären Ton angenommen und reagiert auf den Widerstand der Bevölkerung mit einem noch nie dagewesenen Maß an Unterdrückung und militärischer Überwachung. Der Staat ist nicht die einzige oppositionelle Kraft zur Arbeiterbewegung im Iran. Wenn der Staat versucht, die Arbeiterbewegung physisch und rechtlich zu zerstören, so versucht die reaktionäre rechte Opposition, sie zu zerstören, um die Islamische Republik schließlich zu stürzen und zu erobern. Mit Hilfe der von ihren imperialistischen Herren im Überfluss zur Verfügung gestellten Ressourcen versuchen die Reaktionäre, den Widerstand des Volkes zu kapern und umzulenken, und bleiben dabei Kompradoren im Exil. Unterstützt von einer Vielzahl von Medien, Stiftungen, Meinungsforschungsinstituten und NRO, die von den USA, Großbritannien, Saudi-Arabien (selbst eine Marionette der USA) und der Europäischen Union finanziert werden, hat die rechte Opposition die imperialistische Hegemonie genutzt, um eine falsche Eigentümerschaft an politischen Fragen zu beanspruchen und wirtschaftliche Fragen zu vermeiden, um zu argumentieren, dass ihr Stiefel stattdessen im Nacken der Arbeiter sitzen sollte. Obwohl die Arbeiterklasse dieses Narrativ international aufrechterhält, ist sie zu kämpferisch,

um sich einfach mit Plattitüden zufrieden zu geben. Die rechte Opposition im Land, die sich in einer Hegemoniekrise befindet, hat begonnen, eine unheilige Allianz mit dem bestehenden Staat einzugehen. Vor kurzem griffen der Staat und der extreme, protofaschistische Flügel der rechten Opposition gleichzeitig die Lehrerbewegung an, eine der fortschrittlichsten Fraktionen der Arbeiterbewegung im Iran.

Letzten Endes vereinen sich die konkurrierenden Fraktionen der Bourgeoisie gegen das, was sie am meisten fürchten: eine kämpferische, hoch organisierte Arbeiterklasse mit Forderungen, die über bloßen Reformismus hinausgehen. Die Forderungen nach freier, ethnisch orientierter Bildung und Rätedemokratie sind Beispiele für Forderungen, die mit dem bürgerlichen Staat unvereinbar sind. Eine Arbeiterbewegung mit solchen Merkmalen ist eine wichtige gesellschaftliche Kraft mit revolutionärem Potenzial und der einzige Weg, um sicherzustellen, dass sich der Imperialismus nicht festsetzt, wenn der gegenwärtige Staat fällt.

Trotz grundlegender wirtschaftlicher und soziopolitischer Zwänge ist die iranische Arbeiterklasse heute stärker als je zuvor in den letzten drei Jahrzehnten seit der blutigen Unterdrückung der Linken und der Arbeiterbewegung. Die aus den Fällen von Arbeitermilitanz gezogenen Beweise deuten darauf hin, dass in der Arbeiterklasse eine tiefgreifende Bewegung mit revolutionärem Potenzial im Entstehen begriffen ist. Die organisatorische Vertretung ist in allen Fällen der Arbeiterbewegung untergeordnet, wobei die Arbeiter gezwungen sind, über die herkömmlichen gewerkschaftlichen Forderungen nach schrittweisen Reformen hinauszugehen, um ihre oft kurzfristigen Ziele zu erreichen. Wie Gramsci es treffend formuliert, »entwickelt sich die Struktur der Arbeiterinstitutionen nicht aus innerer Notwendigkeit, sondern aufgrund äußerer Einflüsse (dem gewaltigen Druck der von der kapitalistischen Konkurrenz abhängigen Ereignisse).« Im Einklang mit anderen Beispielen von Anti-Austeritäts- und anti-neoliberalen Widerstandsprotesten unserer Zeit setzt die iranische Arbeiterklasse zunehmend auf die Mobilisierung an der Basis und direkte Aktionen wie die Besetzung wichtiger öffentlicher Plätze, Straßenblockaden und andere öffentlich sichtbare Störaktionen. Insgesamt zeigt der Kampf der iranischen Arbeiterklasse in den oben genannten Fällen, dass die Arbeiter sich zunehmend weigern, ignoriert zu werden. Die neue Arbeiterbewegung ist im Entstehen begriffen, und sie wird das Kapital an allen Fronten herausfordern.

CrimethInc.

Iran: »Es gibt unendlich viel Hoffnung, nur nicht für uns.«

Ein Interview über die Pandemie, Wirtschaftskrise, Repression und Widerstand im Iran

Auf der ganzen Welt brechen die Kompromisse die den Kapitalismus im 20. Jahrhundert stabilisiert hatte zusammen – und die Menschen sehen sich zunehmend autoritären Maßnahmen ihrer Regierungen (egal welcher Couleur) gegen über. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass soziale Bewegungen in unterschiedlichen Kontexten voneinander lernen, um einen weltweiten Widerstand gegen den Kapitalismus und die staatlichen Strukturen, die ihn aufzwingen, zu entwickeln. In diesem Interview erkunden zwei iranische Radikale, welche Arten von radikaler Organisation und Theoretisierung heute im Iran im Kontext der jüngsten Protestbewegungen und staatlichen Repression stattfinden.

Dieses Interview begann als ein Gespräch zwischen ein paar Gefährt*innen. Ursprünglich als ein Gespräch über ein paar Wochen gedacht, wurden daraus drei Monate, in denen wir uns die Zeit stahlen, um einige Gedanken niederzuschreiben, während wir mit der staatlichen Repression durch das iranische Regime konfrontiert waren. Trotz dieser Verzögerung ist der Hauptzweck dieses Interviews von Anfang an unverändert geblieben: die Genoss*innen im globalen Norden über den aktuellen Stand der Dinge im Iran zu informieren und auf den neuesten Stand zu bringen, über die Jahre des Kampfes 2015–2018, die in einer landesweiten Streikwelle gipfelten, darüber, wie die COVID-19-Pandemie die sozialen Bewegungen beeinflusst hat, über die anhaltenden Auswirkungen von Sparmaßnahmen und internationalen Sanktionen und über die Reaktion der Regierung sowohl auf die Proteste als auch auf die zunehmenden geopolitischen Spannungen, seit die USA ihre Unterstützung für den Gemeinsamen Umfassenden Aktionsplan (d.h., den »Iran Nuclear Deal«) im Mai 2018 zurück nahm.

Die Identitäten der beiden Genoss*innen werden angesichts der drohenden Repressionen durch die iranische Regierung anonym bleiben.

Hier in den USA wurde die Medienberichterstattung von zwei Ereignissen dominiert: der globalen Pandemie und dem jüngsten Aufstand gegen die Polizei, der als Reaktion auf die Tötung von George Floyd durch die Polizei am 25. Mai ausbrach. Wenn man bedenkt, dass die US-Medien wenig Informationen über das tägliche Leben der Iraner*innen und den Zyklus der Kämpfe, die sich in den letzten Jahren über das Land ausgebreitet haben, liefern, kann man mit Sicherheit sagen, dass die amerikanische Öffentlichkeit und die US-Linke weitgehend im Dunkeln darüber tappen, was es bedeutet, heute im Iran zu leben und zu kämpfen. Könntet ihr damit beginnen, uns über die Zusammensetzung und die verschiedenen Strömungen innerhalb der iranischen Linken, wie sie derzeit existiert, aufzuklären? Wie haben die verschiedenen Gruppen und Organisationen auf die sich verschärfenden Auswirkungen der wirtschaftlichen, politischen und epidemiologischen Krisen reagiert?

J: Lasst mich mit einem Kommentar zu eurem ersten Punkt beginnen, der natürlich wahr ist. Das Leiden des täglichen Lebens im Iran ist unterrepräsentiert, nicht nur in den US-Medien, sondern in allen internationalen Medien, die sich auf die Nachrichten aus dem Iran über geheime Explosionen, nukleare Kontroversen, militärische Spannungen mit den USA und ihren Verbündeten usw. stürzen. Die große Politik ist blind für dieses Leiden; die Mainstream-Medien sind es auch. Und die Situation ist in den letzten Monaten nur noch schlimmer geworden. Die Landeswährung wertet so schnell ab, wie die Kosten für die wesentlichen Güter und Dienstleistungen steigen. Arbeitslosigkeit ist weit verbreitet. Die Zahl der Selbstmorde hat zugenommen. Es gibt einen Mangel an Medikamenten für verschiedene chronische Krankheiten. Die Wohnungspreise sind in die Höhe geschnell. Die Menschen in den Großstädten, vor allem in Teheran, haben auf tragisch »innovative« Lösungen für die Unterbringung zurückgegriffen: Sie leben in provisorischen Zelten, leben in einfachen, schutzraumähnlichen Strukturen, mieten die Dächer anderer Häuser und Wohnungen und stellen dort ihre Zelte auf, leben in ihren Autos... Nach offiziellen Statistiken lebt mindestens ein Drittel der städtischen Bevölkerung in Slums.

Nun, lasst mich auf eure Frage zurückkommen. Von linken Organisationen im Sinne des »gesunden Menschenverstandes« zu sprechen, ist im

Kontext des Iran schwierig. Die Islamische Republik betrachtet jede bestehende oppositionelle Kollektivität als Bedrohung. Selbst wenn man sich organisiert, um Filme zu sehen, Bücher zu lesen usw., besteht eine gute Chance, zum Verhör vorgeladen zu werden. Dennoch haben wir in einer solchen Atmosphäre eine Vervielfachung der Organisationsbemühungen unter Fabrikarbeitern, Lehrer*innen, Pflegekräften, Lastwagenfahrern, Bahnarbeiter*innen und anderen so genannten essentiellen Arbeiter*innen gesehen. Darüber hinaus hat sich die linke Student*innenbewegung in den letzten Jahren reorganisiert und auch die am meisten verbreiteten Slogans der jüngsten Proteste kreiert. Es gibt eine Frauenbewegung, die ein breites Spektrum an politischen Positionen umfasst, die stark unterdrückt wurde, als sie sich in den letzten Jahren stärker durchsetzte. Wenn wir uns auf einen Oberbegriff wie »linke Politik« im Iran konzentrieren und Linke hier als von verschiedenen marxistischen Traditionen inspiriert betrachten, dann können wir vier Trends aufzeigen: Syndikalismus, linker Nationalismus, Anti-Neoliberalismus und Antiimperialismus. Es ist in vielerlei Hinsicht nicht die beste Kategorisierung, und es gibt Überschneidungen zwischen diesen Trends, aber wie ich weiter erläutern werde, wird sie unserem Zweck dienen, die linke Politik im Iran zu kartieren.

Es gibt zwei Tendenzen des Syndikalismus unter den organisierten Arbeitern im Iran. Das Haft-Tappeh Sugar Cane Factory Workers Independent Syndicate ist ein bemerkenswertes Beispiel. Die Arbeiter*innen des Haft-Tappeh-Industriekomplexes im Süden des Irans, in der Provinz Khuzestan, haben sich autonom organisiert und in den letzten Jahren einen harten Kampf geführt, bei dem alle ihre Hauptorganisatoren verhaftet und einige gezwungen wurden, im nationalen Fernsehen Geständnisse abzulegen. Erzwungene Fernsehgeständnisse dienen in der Islamischen Republik seit langem als Strategie der Unterdrückung. Ihr Kampf gegen die Privatisierung des Unternehmens und die Korruption der Eigentümer, Manager und Beamten dauert jedoch bis heute an. Sie haben die Verwaltung der Fabrik und ihrer Ressourcen durch die Arbeiter*innen gefordert. Sie sind auch ein Beispiel für eine basisdemokratische, nicht-hierarchische und autonome Organisation. Sie wählen die Repräsentant*innen des Syndikats, aber die Repräsentant*innen entscheiden nicht im Namen der Arbeiter*innen, und alle Entscheidungen bezüglich der Vorschläge des Managements und der Eigentümer in Verhandlungen mit ihnen werden einer Art Arbeiter*innensammlung vorgelegt, die diskutiert und angenommen

oder abgelehnt wird. Das Haft Tappeh Syndikat ist die Verkörperung eines Syndikalismus, der lokal ist und lokal bleibt, mit einem Beharren auf lokaler, autonomer Arbeiterverwaltung.

Eine andere Form des Syndikalismus wird durch die Free Trade Union of Iran verkörpert. Die Anführer dieser Gewerkschaft sind ebenfalls alle verhaftet und strafrechtlich verfolgt worden. Sie fordern eine landesweite Gewerkschaft und eine unabhängige Organisation der Arbeiter*innen in jedem lokalen Kontext, aber sie haben eine eher von oben nach unten gerichtete Organisationsstruktur und konzentrieren sich nicht primär auf den lokalen Kontext.

Der linke Nationalismus hat auch seine verschiedenen Strömungen. Einige sind die Erben der kommunistischen Parteilinie vom Beginn der 1980er Jahre, die ideologisch den Sowjets nahe standen, aber auch die Regierung der Islamischen Republik unterstützen (was sich hier mit dem überschneidet, was ich als Antiimperialismus erwähnt habe). Diese Linken konzentrieren sich auf »nationale Sicherheit« und »nationale Interessen« und die Verteidigung der nationalen Integrität im Sinne von Grenzen. Ein Teil von ihnen hat Probleme mit den Bewegungen von Minderheiten, wie Kurd*innen oder Araber*innen, und brandmarkt sie manchmal als »Separatisten«. Ein anderer Teil in der Opposition würde sogar mit rechtsgerichteten Oppositionsparteien oder Royalisten zusammenarbeiten, um eine »nationale« Koalition gegen die Islamische Republik zu bilden.

Der Antiimperialismus ist in den letzten Jahren angesichts der Spannungen mit den USA und der Wahrscheinlichkeit eines Krieges auf dem Vormarsch. Aber die antiimperialistische Linke hat nun zwei unterschiedliche Linien: eine, die sich ausschließlich über ihren Antiimperialismus definiert, und eine, die den Antiimperialismus als Teil ihres Diskurses hat. Während beide weitgehend theoretische Strömungen sind, ist die letztere vor allem eine Form der zeitgenössischen kritischen Theorie und die erstere eine Rückkehr des kommunistischen Mainstream-Diskurses der 1970er und 80er Jahre, der eine Koalition mit der Islamischen Republik gegen den amerikanischen Imperialismus eingehen würde. Diese Antiimperialisten verteidigen nun die Islamische Republik und ihre Interventionen in Syrien und im Irak und anderswo. Nicht anders als die »offizielle« kommunistische Partei in Syrien selbst, die zuerst Assads brutale Durch-

führung des Endokolonialismus (Kolonisierung im Inneren) und seine-Konterrevolution unterstützte und viele ihrer Mitglieder an die Wellen der Revolution verlor. Die ultrarechte Opposition, die hauptsächlich aus Royalisten besteht, die die Trump-Administration unterstützen und von ihr unterstützt werden, führt diese Strömung der iranischen Linken in ihrer Propaganda auf, um die Linke als Ganzes zu dämonisieren.

Anti-Neoliberalismus ist ein Überbegriff für eine andere heterogene Strömung des linken Denkens im Iran: von studentischen Aktivist*innen, die ihren Kampf klar als »gegen den Neoliberalismus« bezeichnen und sich mit ähnlichen Bewegungen gegen neoliberale Wirtschaftspolitik und Gouvernamentalität in Frankreich und im Libanon und in Chile solidarisieren, über Fraktionen der syndikalistischen Linken bis hin zu anderen Gruppen und Kreisen, die vor allem im Bereich der zeitgenössischen Theorie, der kritischen Theorie und der politischen Ökonomie arbeiten. Es gibt noch andere Kräfte, die in meiner Schematisierung der iranischen Linken nicht erfasst werden können – die verschiedenen Kräfte unter den militanten Minderheiten: Kurd*innen, Araber*innen, Belutsch*innen, usw. Wir sollten auch bedenken, dass es eine Kluft gibt zwischen einer Linken, die eher zur Aktion/Praxis neigt, und einer Linken, die eher zur Theorie/Schriftstellerei neigt (manchmal als »kulturelle« Marxist*innen¹ bezeichnet). Eine weitere Kluft ergibt sich aus der allgemeinen Perspektive dieser politischen Positionen in Bezug auf die Frage des Staates: Ist die Rückeroberung der Macht und die Neukonzipierung der Funktionalität des Staates notwendig für eine emanzipatorische Politik oder sollte jede emanzipatorische politische Bewegung über die Frage des Staates und seiner hierarchischen Organisation hinausgehen? Es gibt auch eine allgemeine Kluft in dieser Frage zwischen den Linken innerhalb und außerhalb des Irans.

1 In Bezug auf den Begriff »Kulturmarxist« ist es wichtig, hier die Unterschiede in der Konnotation und Bedeutung zwischen der Art und Weise, wie der Begriff in den Vereinigten Staaten verwendet wird, und der Art und Weise, wie er im Iran verwendet wird, zu beachten. Während der Ausdruck in den Vereinigten Staaten den verschwörerischen Mythos des Aufstiegs eines jüdisch-bolschewistischen Schattens hinter den liberal-demokratischen Regierungen heraufbeschwört, der versucht, die weiße, europäische Rasse zu verunreinigen, ist »Kulturmarxist« im Iran ein pejorativer Begriff, der verwendet wird, um radikale Akademiker zu beschreiben, die sich als »öffentliche Intellektuelle« wohler fühlen und mehr Zeit in Reden und geschriebene Texte investieren als in die praktischen Erfordernisse der konkreten Kämpfe vor Ort.

Nun, es gibt Fälle von Solidarität unter einigen dieser Strömungen. Ein Beispiel dafür war eine Erklärung, die viele Linke aus unterschiedlichen politischen Positionen und Standpunkten nach der Coronavirus-Krise unterzeichneten und in der eine Umverteilung des Reichtums, eine universelle Gesundheitsversorgung, Freiheit für politische Gefangene sowie für andere Gefangene, die gewaltfreier Verbrechen beschuldigt werden, sozialer Wohnungsbau, besondere Aufmerksamkeit für Slums und so weiter gefordert wurden.

Bis auf einzelne Ausnahmen sind alle Kräfte der Linken gegen die US-Sanktionen und ihre Politik des Regimewechsels im Iran. Nicht, weil diese Kräfte das theokratische Regime nicht stürzen wollen, sondern weil die amerikanische Regierung ihre Unterstützung für die neoliberalsten, rechtsgerichteten, nationalistischen Kräfte in der Opposition gezeigt hat und schließlich kommt nichts Gutes aus neokolonialen Auslandsinterventionen – wie zum Beispiel im Fall von Westasien und Nordafrika.

J-P: Natürlich ist es nachvollziehbar, dass die Medien bedeutenden Ereignissen wie der Pandemie oder den antirassistischen Protesten in den USA so viel Aufmerksamkeit schenken. Das Problem liegt aber in der Herangehensweise und in der Darstellung dieser Ereignisse. Ich glaube, sie wissen genau, dass die Revolution nicht im Fernsehen übertragen wird, nicht in den USA und schon gar nicht im Nahen Osten. Aber das ist hier nicht das Problem.

Der Grund dafür, dass ihr das Gefühl habt, im Dunkeln zu tapen und in dieser Angelegenheit aufgeklärt werden zu müssen, liegt zum Teil an der inkohärenten Situation der verschiedenen Strömungen innerhalb der iranischen Linken. Dieser zersplitterte Zustand könnte als Überlebensstrategie betrachtet werden, da jede Art von Artikulation oder Vermittlung zwischen diesen Strömungen mit allen Mitteln unterbrochen wird. Aber sie stellt auch ein Hindernis dar, das die iranische Linke überwinden muss, wenn sie irgendeine Art von konkreter Veränderung erreichen will. Außerdem impliziert diese Situation, dass auch wir die Notwendigkeit teilen, uns über dieses Thema zu informieren, und wir suchen nach Antworten auf ähnliche Fragen. Am wichtigsten ist, dass dieser diffuse Zustand es unmöglich macht, ein wahres Bild aller Strömungen innerhalb der Linken zu behaupten, da jede Komponente besser über ihr unmittelbares

Aktionsfeld Bescheid weiß und möglicherweise einige andere Komponenten vernachlässigt. Anstatt also eine detaillierte Liste zu erstellen, müssen wir vom Gesamtbild der iranischen Linken ausgehen. Es gibt eine große Kluft zwischen dem, was die iranische Linke heute tatsächlich ist, und dem vielversprechenden Potenzial, das sie für einen radikalen Wandel in der Region in sich trägt.

Wenn man sich die tatsächliche Position der Linken heute ansieht, erkennt man verschiedene intellektuelle und diskursive Verbesserungen in Bezug auf Themen wie Gender, Prekarität, Minderheiten usw. Aber das hat keine tatsächliche Auswirkung auf den Ausgang vieler entscheidender Fragen, vom Coronavirus bis zu Sanktionen, von der Unterdrückung von Minderheiten bis zu traditionell linken Fragen wie einem existenzsicherenden Lohn. Es muss nicht erwähnt werden, dass wir in einer überdeterminierten Situation mit so vielen in- und ausländischen Akteur*innen leben und kämpfen, die trotz ihrer divergierenden und unterschiedlichen Interessen letztlich in ihrer Opposition zur Linken integriert sind. So ist es unvermeidlich, dass die Linke in Ermangelung einer tragfähigen Organisation oder eines greifbaren Programms in unmittelbaren Angelegenheiten keine dominante Rolle spielt. Aber wenn man sich den Verlauf der Ereignisse ansieht, und angesichts der vielfältigen und sich verstärkenden Auswirkungen verschiedener Krisen – von der politischen Legitimität bis zur Befriedigung der Grundbedürfnisse, von sozialen Fragen bis zu Naturkatastrophen wie Erdbeben – und jeden Tag mit einer neuen Krise aufwacht, wird man feststellen, dass keiner dieser Akteure eine kohärente Antwort auf all diese Fragen präsentieren kann. Die Linke hingegen schafft trotz ihrer organisatorischen Inkohärenz einen Diskurs, der unsere sozialen, politischen und kulturellen Probleme gleichermaßen angehen könnte. Das ist der Grund, warum unsere Regierung ein eigens gefälschtes linkes Bild fördert, das gemeinhin als »Achse des Widerstands« bezeichnet wird. Aber das ist ein so wichtiges Thema, dass wir es separat diskutieren werden.

Was die Zusammensetzung und die Strömungen innerhalb der iranischen Linken anbelangt – so unpassend es auch erscheinen mag – könnten die Kategorien, die die Regierung verwendet, um diese Strömungen zu klassifizieren, ein aufschlussreicher Ansatzpunkt über die Dynamik innerhalb dieser Strömungen sein. Vor nicht allzu langer Zeit hatten die Geheimdienste drei Kategorien für alle linken Aktivist*innen. Erstens das, was sie

die »Arbeiterlinke« nannten, was sich offensichtlich auf linke Strömungen unter den Arbeiter*innen bezog; dann gab es die »marxistische Linke«, die sich hauptsächlich auf organisierte Aktivist*innen bezog, die gewöhnlich mit linken Parteien in Verbindung gebracht wurden; und schließlich gab es die »kulturelle Linke«, die manchmal als »neue Linke« bezeichnet wurde, die die Intellektuellen waren, die gewöhnlich in größeren Städten ansässig waren und manchmal Verbindungen zu anderen Komponenten der Bürgerbewegungen hatten. Sie hatten eine klare Vorstellung von den Potenzialen dieser Kategorien – und natürlich auch davon, wie man jede von ihnen unterdrücken kann.

Aber seit 2017 hat eine Veränderung in der internen Dynamik dieser Kategorien, kombiniert mit einer zunehmenden Popularität der Linken unter anderen Aktivist*innen und progressiven Kräften, diese Konzeption obsolet gemacht. Seitdem nimmt die sogenannte kulturelle Linke aktiv an Arbeiter*innendemonstrationen teil, die sogenannte marxistische Linke hat neue Ansätze gegenüber »unorganisierten« Massen angenommen, und die Arbeiterlinken führen eine neue Ebene des Kampfes, indem sie sich auf ihre Genoss*innen außerhalb des Arbeitsplatzes verlassen. Daher ist die Zusammensetzung der iranischen Linken ein work in progress, und sie hat noch so viele neue Bedeutungen zu entfalten. Was man mit Sicherheit sagen kann, ist, dass das alte (Selbst-)Verständnis irrelevant für den neuen Weg ist, den die Linke seit 2017 eingeschlagen hat. Heute kann man eine starke linke Strömung in den meisten Organisationen und Affinitätsgruppen beobachten; unter Lehrer*innen, Arbeiter*innen, Student*innen, Frauenaktivist*innen, Intellektuellen, etc. Es scheint, dass die Menschen weniger auf ihre Identität als »links« fixiert sind, sondern dass linke Strömungen und Tendenzen in vielen dieser Gruppen die Initiative ergreifen.

Was waren die Ergebnisse der Streikwelle 2018, die im ganzen Iran stattfand – die Arbeiter*innen von Haft Tapeh Sugar Cane im Norden, die Arbeiter*innen von National Steel in Ahvaz im Süden und die LKW-Fahrer*innen des Landes, die drei landesweite Streiks organisierten? Damals schien es, dass dieser Kampfzyklus durch zwei Schlüsselfaktoren bedingt war, die beide viel mit der Frage des globalen Kapitalflusses in Richtung Finanzen und Liquidität zu tun haben (die beiden Indikatoren dafür, dass sich das Kapital von der Produktion weg und hin zur Zirkulation verlagert hat): die Wirtschaftssanktionen der USA,

die aus ihrem Rückzug aus dem Iran-Atomabkommen im Jahr 2019 resultierten, und der Verfall des Rial auf dem Weltmarkt. Wäre es richtig zu sagen, dass dies Schlüsselfaktoren waren, die zu der Streikwelle geführt haben? Und wie hat sich die Situation im Land seither verändert, insbesondere mit den sich verstärkenden Auswirkungen der Sanktionen neben der COVID-19-Pandemie?

J: Der antiwestliche Diskurs der Islamischen Republik sollte niemanden täuschen. Von ihrem Obersten Führer Khomeini bis zu ihrem Präsidenten Rouhani unterstützt das Regime die freie Marktwirtschaft und einen groß angelegten Privatisierungsplan, der schon seit Jahrzehnten im Spiel ist. Es ist eines der größten in der Region, neben der Türkei, Pakistan und neuerdings auch Saudi-Arabien. Das iranische Regime wollte schon immer der Welthandelsorganisation beitreten und hat die Restrukturierungsprogramme der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) befolgt. Die Auswirkungen dieser neoliberalen Politik sind sichtbar in der »Reform« des Gesundheitssystems, des Wohnungssektors, des Rentensystems, der Entsubventionierung von Energiequellen, einer starken Bewegung in Richtung Privatisierung durch den Börsenmarkt, dem exponentiellen Wachstum der Finanzinstitutionen und des privaten Bankwesens, der Aufstellung von Sparhaushalten und massiven Entlassungen in ehemals staatlichen Fabriken und großen Unternehmen.

Das ist die Situation, die als Hintergrund für die Streikwelle diente, die ihr erwähnt. Es handelt sich um einen Zyklus von Kämpfen, der um das Jahr 2015 herum begann und eine Intensivierung der täglichen Aktionen unter den von dieser Politik betroffenen Arbeiter*innen, den Bürgern, die von den neuen privaten Finanzinstituten (die mit den Revolutionsgarden in Verbindung stehen und in wenigen Jahren bankrott gingen) verschuldet oder buchstäblich ausgeraubt wurden, Minderheiten und marginalisierten Gemeinschaften, deren Lebensgrundlage durch die umweltfeindliche Entwicklungspolitik oder einfach durch die Nachlässigkeit der Zentralregierung gefährdet war. Berichten zufolge gab es in dieser Zeit im Durchschnitt täglich sechs bis acht lokale Proteste im ganzen Land.

Es ist wahr, dass die US-Sanktionen zu den Protesten beigetragen haben, allerdings indirekt. Die Sanktionen erschwerten das tägliche Leben und

entzogen der Regierung die finanziellen Mittel. Aber wie gesagt, die Neoliberalisierung und der allmähliche Abbau des nach der Revolution etablierten Semi-Wohlfahrtsstaates sollten als Hauptursache für die Proteste gesehen werden. Wie ein berühmter Slogan der Aban-Proteste es formulierte: »Unser Feind ist hier/sie lügen, dass er in den USA ist«. Nun, ich erwähnte den Semi-Wohlfahrtsstaat, der nach der Revolution eingerichtet wurde... hier gibt es eine wichtige Überlegung. Selbst wenn es eine Art Wohlfahrtssystem für die normalen Bürger*innen gab, wurde dies, wie in jedem anderen rassistischen Staat, auf Kosten der Minderheiten etabliert. Belutschische, arabische und kurdische Gebiete sind viel unterentwickelter, und die Umweltprobleme, die aus der nicht nachhaltigen Entwicklung zugunsten des Zentrums resultieren, sind schlimmer. Die tief verwurzelten identitätsbasierten (religiösen oder ethnischen) Diskriminierungen sind ein weiterer Grund für soziale Proteste.

Wie ihr zu Recht erwähnt habt, haben die COVID-19-Epidemie und die damit verbundenen wirtschaftlichen Herausforderungen die Unzufriedenheit verstärkt. Aber die iranische Regierung, die sich bereits inmitten einer Wirtschaftskrise befand, hat die Wirtschaft viel früher wieder geöffnet, als es nötig gewesen wäre, und die Arbeiter*innen mussten trotz der Bedrohung durch das Coronavirus arbeiten. Dies ist ein weiteres Zeichen für die neoliberale Herangehensweise der iranischen Regierung an soziale Probleme, bei der sie alle Aspekte des Lebens auf die Tauschwirtschaft reduziert. Die Krise hat jedoch zu einer Verschärfung der Proteste von Gesundheitsarbeiter*innen und Krankenpflegenden geführt, die während der Pandemie mit 89-Tage-Verträgen beschäftigt waren, ohne erkennbare Anerkennung für diese harte Arbeit.

Im Moment wüten die Proteste wieder im Iran. Die Arbeiter*innen von Haft-Tappeh befinden sich an ihrem 78. Streiktag und ihre Hauptforderung ist die Rücknahme der Privatisierung, neben anderen Forderungen bezüglich Lohn- und Arbeitsplatzsicherheit und Krankenversicherung. Zusätzlich haben einige Arbeiter*innen auf den Ölfeldern Streiks durchgeführt. Fabrikarbeiter*innen u. a. in Tabriz, Arak, Mahshahr und Asaluyeh, Eisenbahnarbeiter*innen in Teheran und Khorasan und Semnan, Lehrer*innen und Gemeindearbeiter*innen und viele andere protestieren wieder täglich. Die Linke im Iran ist darauf bedacht, sich von jeder amerikanischen Initiative gegen die Islamische Republik fernzuhalten, und sie

lehnt zu Recht Sanktionen und jede Idee einer ausländischen Intervention ab. Als eine Gruppe aus der royalistischen Pro-Trump-Opposition begann, Unterstützung für den Haft-Tappeh-Kampf zu äußern, veröffentlichte der Telegramm-Kanal der streikenden Arbeiter*innen einen Beitrag, in dem sie ihre Unterstützung zurückwiesen und sagten: »Ihr seid Agenten von Staaten, keine Unterstützer der Menschen.«

J-P: Lasst mich die Antwort auf diese Frage mit einem beliebten Meme beginnen, das vor der neuen Sanktionswelle viral ging. Das erste Bild war ein alter, offenbar unterprivilegierter älterer Mann, der mit einem Blick äußerster Verzweiflung auf einer Treppe sitzt. Die Bildunterschrift lautete »vor dem Atomdeal«. Darunter war das exakt gleiche Foto mit der Bildunterschrift »nach dem Atomdeal«. Die Sanktionen sind nicht die Wurzel des Problems; sie verschärfen die Situation nur. Die Privatisierung und die Anweisungen des IWF sind die Hauptfaktoren, die zur Streikwelle geführt haben. Die Politik begann unmittelbar nach dem Krieg zwischen dem Iran und dem Irak (1988), und sie ist seitdem Hand in Hand mit unvorstellbarer Korruption gewachsen. Die Probleme in den beiden von euch erwähnten Unternehmen (beide liegen im Süden des Irans) begannen, nachdem sie an den privaten Sektor übergeben wurden. Die Dokumente darüber, wie und unter welchen Bedingungen Haft Tapeh übergeben wurde, sind immer noch vertraulich; heute, da die neue Streikwelle in Haft Tapeh stattfindet (und sie demonstrieren seit drei Monaten in der Stadt Shush), mussten die Arbeiter*innen den Raubritter von Besitzer davon abhalten, die Ausrüstung des Unternehmens zu verkaufen. Einige Gelehrte wie Mehrdad Vahabi nennen dies den »Raubstaat«, der mit einigen kapitalistischen Aspekten unserer Gesellschaft koexistierte.

Der räuberische Staat und die so genannte Privatisierung, die Schlüsselfaktoren der Degradierung der Arbeiterklasse, bestanden also schon vor den Sanktionen und setzten sich auch nach ihnen fort. Das Problem mit den Sanktionen ist, dass sie auf das wirkliche Potenzial unserer Gesellschaft abzielen, einen radikalen Wandel zu vollziehen. Sie sind dazu gedacht, die Massen unter Druck zu setzen – um es noch schwieriger zu machen, sich zu organisieren –, und sie bieten die beste Ausrede für gewaltige innenpolitische Repressionen und eine geeignete Plattform für die immer größer werdende Korruption der Raubrittertruppen.

Wie hat die iranische Regierung auf die Pandemie reagiert? Welche Auswirkungen haben die US-Sanktionen auf die Reaktion der Regierung gehabt? Und hat die Pandemie der iranischen Linken neue Wege der Mobilisierung und neue Bündnislinien eröffnet?

J: Wie ich in der Antwort auf die vorherige Frage kurz sagte, war die Regierungspolitik, dass der Tauschwert wichtiger ist als der Wert des menschlichen Lebens. Aber das ist keineswegs einzigartig für die islamische Regierung, genauso wie die vielen Fehler und Vertuschungen im Umgang mit der Corona-Krise. Um nur einige zu nennen: die Regierung hat die wahren offiziellen Statistiken verschleiert, wie durchgesickerte Dokumente gezeigt haben. Die offizielle, aber nicht bekannt gegebene Zahl der Todesopfer ist dreimal so hoch wie die öffentlich gemachte Statistik, und auch die Zahl der Erkrankten nähert sich diesem Verhältnis. Das Virus war bereits im Iran, etwa zu der Zeit, als Wuhan in China unter Quarantäne gestellt wurde, aber weil die von der Regierung organisierten Demonstrationen zum Jahrestag der Revolution von 1979 sowie die Parlamentswahlen vorangingen, meldete man es nicht an die Öffentlichkeit, so die durchgesickerten Dokumente. Gleichzeitig gewährte die Regierung weder finanzielle Erleichterungen oder Unterstützung für die Bürger*innen, noch stellte sie den zumeist afghanischen Flüchtlingen und Einwander*innen, die keine ordnungsgemäßen Dokumente besitzen, die notwendige Unterstützung zur Verfügung.

Die US-Sanktionen haben einen Einfluss auf die Reaktion auf COVID-19 im Iran gehabt. Washington sagt, dass die Sanktionen nicht die Einfuhr von Medikamenten und medizinischen Geräten und anderen humanitären Gütern blockieren. Technisch gesehen ist das richtig. Aber ihre sekundären Sanktionen auf Finanztransaktionen mit iranischen Banken, ihre rücksichtslose Verfolgung der Händler*innen und die Notwendigkeit, eine Ausnahmegenehmigung für den »humanitären« Handel mit dem Iran zu beantragen, haben dazu geführt, dass viele Exporteure von medizinischen Geräten Angst haben, mit dem Iran Geschäfte zu machen. Laut der Statistik des US-Finanzministeriums ist die Zahl der Anträge auf Sanktionsbefreiung im Falle des medizinischen Handels mit dem Iran von 220 im letzten Quartal 2016 (Obamas letztes Quartal) auf nur 36 Fälle im ersten Quartal 2019, den letzten verfügbaren Daten zu diesem Thema, zurückgegangen.

Aber noch einmal: Die Schwierigkeiten, die sich aus den US-Sanktionen ergeben, sollten uns nicht blind machen für die jahrzehntelange Neoliberalisierung der iranischen Wirtschaft, die Kürzungen des Gesundheitsbudgets und die Erhöhungen des Militärbudgets, die Kommerzialisierung des Gesundheitswesens, die Prekarisierung der wesentlichen Arbeitskräfte und ähnliches. Was den letzten Punkt der Frage betrifft, kann ich keine eindeutige Antwort geben. Zu Beginn der Epidemie sind neue kollektive und lokale Initiativen entstanden, die Pflege und Unterstützung anbieten. Aber mit der Verschärfung der Krise wurden sie schwächer. Die Pandemie im Iran, wie auch an vielen anderen Orten der Welt, hat ein Licht auf die strukturelle Gewalt geworfen, die durch klassenbasierte Ungleichheiten, Neoliberalisierung und verschiedene Formen der Diskriminierung verursacht wird. Muss sich dies in einer Art von weit verbreiteter gesellschaftlicher Solidarität niederschlagen? Che Guevara sagt: »Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker«, und Massumi beschreibt eine solche affektive Solidarität als eine »Zugehörigkeit im Werden«. Die Situation im Iran führt unter diesem Gesichtspunkt nicht zu einem massenhaften revolutionären Werden, zu einer weit verbreiteten Solidarität. Die sozialen Spaltungen sind verschärft; die Zersplitterung der gesellschaftlichen Produktivkräfte, die Negri als »Salami aus sozialem Fleisch machen« bezeichnet, ist überwältigend. Und eine revolutionäre Bewegung, die so mächtig ist, dass sie alle Unterschiede in einem strategischen Kampf gegen das Regime vereinen kann, steht noch aus.

J-P: Die Reaktion der Regierung auf die Pandemie war im Grunde ähnlich wie bei anderen rechten Regierungen rund um den Globus. Zuerst waren auch sie überrascht und leugneten die Existenz oder später die Bedeutung der Pandemie. Später organisierten sie sich neu, um die Öffentlichkeit mit diesem Problem allein fertig werden zu lassen, und sie gaben der Öffentlichkeit sogar die Schuld an der Pandemie. Es wurde also keine offizielle Quarantäne verkündet, da die Regierung nur eine minimale Verantwortung übernehmen musste, und seither haben sie nur die Bedürfnisse der großen Unternehmen berücksichtigt.

Unsere besonderen Probleme rund um dieses Thema rühren von zwei Faktoren her. Der eine sind die ideologischen Elemente, die für das Machtgefüge wichtig sind – zum Beispiel haben wir in diesen Tagen die Moharram-Zeremonie, eine Art Karneval ohne soziale Distanzierung, und es

war die Regierung, die beschlossen hat, diese Zeremonie abzuhalten. Der andere Faktor ist die Privatisierung des Gesundheitssystems und anderer Formen der Reproduktions- oder Pflegearbeit, was die kollektive Selbstfürsorge noch schwieriger macht.

Die Sanktionen sind Teil des Verhandlungsprozesses zwischen der politischen und wirtschaftlichen Elite; sie haben keine greifbaren Auswirkungen auf dieses Thema. Außerdem würde sich mit oder ohne Sanktionen die Lage der Bevölkerung angesichts der Pandemie nicht verbessern. Auf der anderen Seite hat die Linke verheerende Belastungen erfahren. Als Teil unserer verletzbaren Öffentlichkeit musste die Linke mit der Pandemie allein fertig werden (wir haben eine glaubwürdige und einflussreiche Ikone, Fariborz Raees-Danna, durch das Virus verloren); der wirtschaftliche Druck und die Arbeitslosigkeit haben die iranische Linke damit beschäftigt, über die Runden zu kommen, und das wird nur noch schlimmer werden; und das Fehlen einer kohärenten Politik hat es der Linken und anderen fortschrittlichen Kräften unmöglich gemacht, Treffen abzuhalten oder sich auch nur in geschlossenen Räumen zu treffen. Es gab also keine besonderen Wege oder Möglichkeiten für die Linke, aber die Pandemie hat verschiedene Klüfte vergrößert, am wichtigsten zwischen der Regierung und der Bevölkerung.

Was sind eurer Meinung nach einige der wichtigsten Konsequenzen aus den Wahlen im Februar? Wenn wir die Abfolge der Ereignisse richtig verstehen, gibt es einen zweiten Wahlgang, der wegen der Pandemie auf September verschoben wurde. Was seht ihr in der Zwischenzeit als einige der Schlüsselfaktoren, die zu einem günstigen Ergebnis für die »Hardliner« oder prinzipielle Fraktion geführt haben? Und wie war die Reaktion der Linken, ob parlamentarisch oder außerparlamentarisch?

J: Ich habe erwähnt, dass die Islamische Republik die Ausbreitung des Virus in seinem Anfangsstadium vertuscht hat, um die Parlamentswahlen durchzuführen; sie wurde erst in der Nacht vor dem Urnengang bestätigt. Warum? Weil der Wächterrat der Verfassung, ein dem Obersten Führer nahestehendes Regierungsgremium, dafür sorgte, dass die Konservativen das Parlament dominieren würden, indem er auch viele »unbedrohliche« Reformisten disqualifizierte. Die Konservativen gewannen die Wahl mit der niedrigsten Wahlbeteiligung in der Geschichte der Islamischen Repu-

blik. Nun ist der Chef des Parlaments der ehemalige Bürgermeister von Teheran, ein ehemaliger Kommandeur der Revolutionsgarden und ehemaliger Polizeichef, dem immense Korruption vorgeworfen wird, der aber dem Obersten Führer gegenüber sehr loyal ist.

Das einheitliche konservative Parlament ist eines der Puzzlestücke in der »Übergangsperiode«, womit die Auswahl des nächsten Obersten Führers gemeint ist. Und das Puzzle ist eine einheitliche konservative Regierung, die homogen genug ist, um sicherzustellen, dass der Übergang zum neuen Obersten Führer reibungslos verläuft. Das Parlament, alle Institutionen der so genannten »Republik« und ihr Repräsentationsapparat sind außer Gefecht gesetzt. In der Krise der Islamischen Republik geht es nicht mehr um »Legitimität« – es ist eine Krise an den Wurzeln der Gouvernamentalität selbst. Einer der wichtigsten Slogans der Bewegungen der letzten drei Jahre war »Reformistisch, konservativ – das ist das Endspiel«. Der Slogan ist ein Echo ähnlicher Parolen, die auf dem Syntagma-Platz in Athen oder der »Puerta del Sol« in Madrid oder in den Straßen von Beirut in Bezug auf alle Parteien und Vertreter gerufen wurden: »Ihr seid alle raus«. Die Linke hat also nicht an den Wahlen teilgenommen, und historisch gesehen, nimmt sie auch nicht teil. Es gab einen kurzen Moment im Jahr 2016, bei den Stadtratswahlen, bei denen eine Art sozialdemokratische Linke eine Liste gebildet hat und versucht hat, in den Rat zu kommen, aber die konventionellen Reformisten haben mit überwältigender Mehrheit gewonnen und diese Linken haben nicht wirklich viele Stimmen bekommen.

An dieser Stelle ist es vielleicht aufschlussreich, die politischen Kräfte in der Islamischen Republik zu erklären, um sich über all die Begriffe klar zu werden, die wir hier im internationalen Kontext verwenden, denn im postrevolutionären Iran haben sie eine besondere Bedeutung.

Die Islamische Republik Iran (IRI) festigte ihre Macht, indem sie sowohl Rechtsliberale als auch linke Sozialisten und Kommunisten gewaltsam unterdrückte. Bis zum überraschenden Sieg von Mohammad Khatami bei den Präsidentschaftswahlen 1997 wurden die wichtigsten politischen Strömungen im postrevolutionären Iran jedoch als »die Linke« und »die Rechte« bezeichnet. Die Unterschiede zwischen diesen beiden politischen Strömungen innerhalb der Elite der Islamischen Republik traten nach der

Amtsenthörung und anschließenden Flucht von Abolhassan Banisadr, dem ersten gewählten Präsidenten, in den Vordergrund.

Der rechte Flügel der IRI bestand aus traditionellen Kaufleuten (Bazaaris), dem traditionellen Klerus sowie Gegnern von Landreformen und Kritikern des staatlichen Interventionismus in der Wirtschaft. Der linke Flügel der Islamischen Republik hatte in den ersten Jahren der Revolution die Unterstützung von Ruhollah Khomeini. Sie forderten die Umverteilung des Reichtums durch Subventionen, die direkte Verteilung von lebenswichtigen Gütern und die Einführung starker Regulierungen auf den freien Märkten. Beide politischen Flügel unterstützten die Islamisierung, die Vormundschaft des islamischen Juristen (Velayat-e-Faghih) und anti-imperialistische Diskurse.

Das dritte Parlament wurde von der Linken kontrolliert. Nach dem Tod Khomeinis und dem Aufstieg Khameneis zum Obersten Führer als Rechtsaußen wurde die Linke jedoch immer schwächer. Das vierte und fünfte Parlament wurden von der Rechten kontrolliert. Nach der Wahl Khatamis 1997 wurde die Dualität zwischen links und rechts in eine andere Dualität umformuliert, Reformisten versus Konservative (oder Prinzipalisten). Die früheren Differenzen zwischen links und rechts in Bezug auf die Wirtschaftspolitik sind hier nicht mehr trennend, da viele Reformisten und Konservative jetzt Befürworter des freien Marktes, des globalisierten Handels und der Privatisierung sind.

J-P: Die Wahlen im Iran waren schon immer systematisch ungerecht. In diesem Zusammenhang konnten nur nationale Wahlen (wie die Präsidentschaftswahlen) einen kleinen Unterschied machen. Diese Wahlen waren früher ein Medium, um interne Unstimmigkeiten und Widersprüche innerhalb der herrschenden Klasse zu lösen oder zu verschieben, indem man die Angelegenheit an die Öffentlichkeit verwies (was normalerweise deren Dissens und Wut gegen eine Gruppe von politischen Eliten mobilisierte). Obwohl dieser Prozess früher sorgfältig geplant und durchgeführt wurde, bot er immer noch einen gewissen Anschein von politischem Ausdruck für unsere Zivilgesellschaft.

Dieser Vermittlungsprozess wurde mit den Präsidentschaftswahlen 2009 aufgehoben. Zum einen wurden die internen Widersprüche zwischen der

politischen und wirtschaftlichen Elite so offensichtlich, dass sie nicht einmal in eine unfaire Wahl passen konnten, und zum anderen wurde die interne Kluft in eine größere Kluft zwischen der Bevölkerung und der Regierung als Ganzes projiziert. Von nun an waren die Wahlen eine Reihe von Versuchen, den Bruch zu heilen, meist innerhalb der herrschenden Klasse und manchmal mit einem ausgewählten Teil unserer Zivilgesellschaft – namentlich der städtischen Mittelschicht bei der anschließenden Präsidentschaftswahl.

Innerhalb dieser Geschichte könnte man sagen, dass die Wahlen im Februar für sich genommen keine bedeutende Rolle spielen und die zweite Runde sogar noch weniger bedeutend sein wird. Aber sie markieren einen Wendepunkt in der Integrität der herrschenden politischen Elite. Man beachte, dass die so genannten Rivalen der letzten Präsidentschaftswahlen heute die Chefs der Exekutive, der Judikative und der Legislative sind. Die Wahlen im Februar markierten den Endpunkt in diesem Integrationsprozess – was selbstverständlich nicht bedeutet, dass ihre internen Interessenkonflikte gelöst sind. Die Leiter der drei Zweige haben bereits extralegale Entscheidungen getroffen, eine davon war die Erhöhung der Benzinpreise im vergangenen November, die zu einem beispiellosen nationalen Aufstand und einem Blutbad führte, bei dem Demonstrant*innen getötet wurden. Die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen werden wahrscheinlich die unbestreitbare Annullierung jeglicher Bezugnahme auf die Wahlurne ankündigen.

Was die Reaktion der Linken betrifft, so sollte ich anmerken, dass die Begriffe parlamentarisch und außerparlamentarisch auf die iranische Linke nicht zutreffen, da sie unter keinen Umständen anerkannt sind und seit 1983 alle linken Organisationen als illegal gelten. Aber im Rückblick auf den Aufstand im Dezember und Januar 2017 haben die Demonstrant*innen einen Slogan geschmiedet, der die Haltung der Linken in dieser Frage zum Ausdruck bringt: »Reformisten und Hardliner, eure Show ist vorbei!« Dieser Slogan, der weithin populär wurde, zeigte an, dass die Bevölkerung an den internen Konflikten der herrschenden Elite desinteressiert ist. Natürlich bieten diese Konflikte immer wieder eine Gelegenheit für ein politisches Ventil der Bevölkerung, aber keine der beiden Fraktionen vertritt die Interessen der Bevölkerung.

In den letzten Monaten haben Bilder und Artikel die Verbindung zwischen der Polizeiarbeit hier in den Vereinigten Staaten, in Hongkong

und in Palästina hergestellt. Haben die Nachrichten über den Anti-Polizeiaufstand hier in den Staaten die Strategie der Linken, so wie sie derzeit existiert, im Iran ermutigt oder wurden sie beachtet? Wie hat die iranische Regierung auf den laufenden Aufstand hier reagiert oder darüber berichtet?

J: Das iranische Radio und Fernsehen steht unter der alleinigen Kontrolle des Obersten Führers und sie senden immer jede Art von Krise, Protest und Skandal in den USA. Die Linken wurden inspiriert, auf die gleiche Diskriminierung afghanischer Geflüchteter im Iran hinzuweisen und unterstützten ihr »Afghan Lives Matter«, aber das ging nicht über Social-Media-Hashtags hinaus. Die Kommunikation zwischen den Protestbewegungen in den USA und der iranischen Linken war meist eine emotionale, keine Übertragung von Taktiken oder Strategien. Das Gleiche gilt für die Protestbewegung in Hongkong.

Palästina jedoch ist anders. Es hat traditionell einen besonderen Status in der iranischen Linken. Viele linke Guerillakämpfer gegen die Diktatur des Schahs wurden von den Palästinensern ausgebildet oder arbeiteten mit Organisationen zusammen, die für die Sache Palästinas kämpften. Jetzt bedeutet für einen Teil der Bevölkerung die Unterstützung Palästinas die Unterstützung der Islamischen Republik, da Teheran nach der Revolution die Hisbollah, den Libanon und die Hamas finanziell unterstützt hat.

J-P: Methoden der Polizeiarbeit, der Kontrolle und der Unterdrückung zirkulieren zunehmend unter den herrschenden Klassen der Welt, genauso wie Protesttaktiken und Nachrichten über Aufstände kursieren und die Menschen durch andere Proteste weltweit inspiriert und ermutigt werden. Ich würde zu sagen wagen, dass diese zweifache Beschleunigung gewisse Zusammenhänge mit dem immer stärker werdenden Kapitalfluss in der Zeit des Neoliberalismus hat. Aber die Untersuchung der Reaktionen der iranischen Regierung offenbart einen sehr entscheidenden Punkt. Pro-Regierungskräfte zündeten Kerzen zum Gedenken an George Floyd an, während vor einigen Monaten das Anzünden einer Kerze für die Opfer des Ukraine International Airlines Fluges 752 mit bis zu fünf Jahren Haft bestraft wurde. Die regierungsfreundlichen Medien berichteten über alle Proteste nach dem Tod von George Floyd und betonten die ungerechte und illegale Tötung eines Bürgers – während die Sicherheitskräfte vor ein

paar Monaten, im November 2019, Tausende von Demonstrant*innen töteten und sogar die Familien verhafteten, die Beerdigungen für ihre Angehörigen abhalten wollten. Ich möchte keine überzogenen Vergleiche anstellen, aber das internationale Bild der iranischen Regierung ist zu tiefst verzerrt, und die internationale Linke und die progressiven Kräfte sind teilweise dafür verantwortlich. Die Regierung hat sich ein falsches antiimperialistisches Bild geschaffen, die von Progressiven, die gegen die imperialistische Macht der USA sind, unkritisch übernommen wird. Ich erinnere daran, dass ein Teil unserer Intellektuellen von einer glaubwürdigen Ikone wie David Harvey enttäuscht ist, nicht wegen seiner Theorie, sondern weil er an einer offiziellen Konferenz teilnahm, die implizit die antiimperialistische Haltung der iranischen Regierung bestätigte. Eine ähnliche Geschichte spielte sich ab, als Angela Davis eine Petition unterschrieb, die dieses Narrativ über die Regierung bestätigte, während Menschen auf den Straßen abgeschlachtet wurden. Glücklicherweise war Angela Davis so erfahren in den Überschneidungen verschiedener Unterdrückungen, dass sie ihren Namen bald von der Petition zurückzog. Die internationale Legitimität der Regierung hängt stark von der Förderung dieses falschen Bildes ab, und die progressiven Kräfte rund um den Globus kümmern sich normalerweise nicht genug darum, die Details zu untersuchen, sondern ziehen es vor, einen leichten Verbündeten gegen die imperiale Macht der USA zu umarmen.

Dieses Bild hat eine innenpolitische Projektion, die ich bereits als »Achse des Widerstands« erwähnt habe, eine Strömung von arbeitervorientierten orthodoxen Marxisten, die die Freiheit der Rede und der politischen Praxis genießen (was selbstverständlich ihr unveräußerliches Grundrecht ist, aber dass es ihnen gewährt wird, steht in krassem Gegensatz zu allen anderen linken und progressiven Strömungen hier). Sie sind furchtlose Kämpfer gegen eine abstrakte Vorstellung von Neoliberalismus und Imperialismus, während sie zu den konkreten Maßnahmen der neoliberalen Politik im Iran schweigen. Darüber hinaus billigen und fördern sie die imperialistischen Interventionen des Irans in der umliegenden Region mit der Begründung, dies bedeute Widerstand gegen den größeren Imperialismus. Diese komplexe Propagandamaschinerie hat die Solidarität, die unsere Gesellschaft sonst für unterdrückte Menschen auf der ganzen Welt empfinden würde, beeinträchtigt. Nationalisten nutzen die Situation aus, indem sie Slogans wie »Lasst Gaza in Ruhe, denkt an unser eigenes Volk«

propagieren – und die Linke findet es schwer, inmitten dieser Propagandamaschinen einen echten Standpunkt einzunehmen.

Für diejenigen von uns in den USA ist die imperiale Präsenz Amerikas in ganz Lateinamerika eine bekannte Tatsache. Die iranische Präsenz in der Region findet jedoch weniger Beachtung in den Medien. Wie ist die iranische Präsenz in Lateinamerika angesichts der jüngsten Äußerungen von General Salami zu interpretieren, der die Lieferung von Erdölprodukten durch den Iran nach Venezuela verteidigte und die fortgesetzte Allianz der beiden Länder feierte? Würdet ihr sagen, dass sie Teil einer größeren geopolitischen Strategie ist, oder läuft diese Allianz zwischen Venezuela und dem Iran auf die einfache Tatsache hinaus, dass beide Länder ein gegenseitiges Interesse daran haben, die durch die US-Sanktionen verursachten Auswirkungen zu mildern?

J: Ich habe kein umfassendes Wissen über diese Angelegenheit und ich habe nicht viel darüber recherchiert. Allerdings ist der Iran in Lateinamerika durch seine Beziehungen zu Kuba und Venezuela und auch durch seinen Einfluss in der schiitischen Gemeinschaft in Brasilien und in geringerem Maße auch in Argentinien präsent. Der Rechtspopulismus von Ahmadinejad und der Linkspopulismus von Chavez werden durch ihren antiimperialistischen, antiamerikanischen Diskurs vereint. Und jetzt, wie ihr erwähnt, stehen beide Länder unter US-Sanktionen und profitieren von einer gemeinsamen Allianz.

J-P: Es ist irreführend, die Präsenz Amerikas in ganz Lateinamerika mit der Präsenz des Irans zu vergleichen. Aber wenn man sich die Geschichte der Interaktionen zwischen lateinamerikanischen Ländern und ihren antiimperialistischen Verbündeten ansieht (Kuba und die Sowjetunion ist ein exemplarischer Fall), kann man keine strategische Allianz zwischen lateinamerikanischen populistischen Regierungen und dem Iran erkennen. Selbst zwischen dem Iran und Venezuela hat es kein organisches Wachstum der Beziehungen gegeben, und es ist unwahrscheinlich, dass es aufgrund der wesentlichen Unterschiede zwischen den beiden Parteien dazu kommen wird. Andererseits ist es auch falsch, die Wechselwirkungen auf eine Reihe von Maßnahmen zu reduzieren, die die durch die US-Sanktionen verursachten Auswirkungen lindern. Die Bedeutung des internationalen Auftretens der iranischen Regierung übersteigt diese Maßnahmen

von gegenseitigem Interesse. Der Iran kann die Klassenunterdrückung und die innenpolitische Unterdrückung nur aufrechterhalten, indem er sich auf das falsche antiimperialistische Bild stützt, das er auf der globalen Bühne präsentiert. Auf der anderen Seite stimmt Venezuela in Ermangelung eines echten Verbündeten diesem Bild eines internationalen Bündnisses zu, das hauptsächlich dazu dient, seine inneren Probleme zu verschleiern.

Wie sieht die Zukunft für iranische Linke innerhalb des Irans sowie für diejenigen aus, die im Ausland leben, als politische Exilanten oder anderweitig?

J: Diese Frage kann ich nur aus einer eher persönlichen Perspektive beantworten. Lasst mich hier also Kafka zitieren: »Es gibt unendlich viel Hoffnung, nur nicht für uns.« Ich denke, es gibt keine Hoffnung auf etwas. Jedes »Etwas«, das entstanden ist, hat auch die Hoffnung konditioniert, sie zu einer Aktualität verfestigt, die es zu übertreffen gilt. Ich bin zu der Überzeugung gelangt, dass Hoffnungslosigkeit in diesem Sinne – die Bestätigung der Katastrophe, die wir durchleben – auch der erste Schritt zu einer radikalen Politik sein kann: Es gibt keinen Platz mehr dafür, sich die Hände nicht schmutzig zu machen, es gibt nichts außerhalb des neoliberalen »integrierten Weltkapitalismus«, um einen Begriff von Antonio Negri und Félix Guattari zu entlehnen. Dennoch gibt es eine Hoffnung: Hoffnung auf einen kommenden Kampf, der den Raum für Hoffnung öffnet.

J-P: Bisher waren wir die No-Future-Generation der iranischen Linken, sowohl im Iran als auch im Ausland. Sicherlich sehen sich viele Generationen als »No Future«, aber ich beziehe mich nicht auf allgemeine Tendenzen oder abstrakte Konzepte. Wenn man erkennt, dass die eigene unmittelbare Geschichte jede wünschenswerte Zukunft ausschließt, lernt man allmählich, seine Wurzeln in der Gegenwart zu entwickeln. Du bist gezwungen, jedes Zwischenstadium abzulehnen und nur noch an den besten nächsten Schritt zu denken. Paradoxerweise wirst du lernen, so zu leben, als ob die Zukunft ungeschrieben wäre; eine Situation ähnlich dem Slogan »Sei realistisch – fordere das Unmögliche«

Doch das Potenzial einer ungeschriebenen Zukunft wird als Überlebenskampf auf die Gegenwart projiziert; wir können nicht überleben, ohne

unsere Bedingungen sofort und radikal zu ändern. Deshalb müssen wir unsere eigene Politik des Überlebens, neue Bündnislinien, neue Formen der Selbstorganisation und der kollektiven Selbstfürsorge entwickeln. Das scheint langweilig und weit entfernt vom revolutionären Selbstverständnis vieler iranischer Linker – vor allem derer, die im Ausland leben. Aber nur dann kann die iranische Linke ihr aktuelles Potenzial in eine konkrete Alternative umsetzen – und diese Alternative würde von der Gesellschaft breit akzeptiert werden, während die gegnerischen Kräfte nicht in der Lage wären, sie zu terrorisieren.

Übersetzung aus dem Buch *Covid-19 – internationale Perspektiven und Berichte*

Revolutionärer Aufbau Schweiz

Die Frauen an vorderster Front eines gemeinsamen Kampfes

8. Oktober 2022

Nach dem Mord an der 22-jährigen Kurdin Mahsa Amini (Jîna Emîni) durch die iranische Polizei breiten sich im ganzen Land Proteste aus. Wir konnten mit zwei Aktivist_innen der iranischen Widerstandsbewegung Ida und Meytham sprechen und einen Überblick über den Hintergrund und die Bedeutung der aktuellen Aufstände gewinnen.

Die massiven Proteste im Iran breiten sich explosionsartig aus. Das Mullah-Regime reagiert mit massiver Gewalt und Repression, im Zuge derer auch das Internet eingeschränkt wurde. So dringen nur wenige Informationen raus. Der folgende Artikel basiert auf einem Interview, welches wir am 27. September im Radio *LoRa* aufgenommen haben.

Kumulation vergangener Kämpfe

Meytham ist seit Jahrzehnten in der iranischen Arbeiter_innenbewegung aktiv, war wiederholt im Knast und wohnt nun seit 2021 in der Schweiz. Gleich zu Beginn des Interviews stellt er klar, dass die Proteste der iranischen Frauen Ausdruck und Resultat des revolutionären Frauenkampfes des globalen Südens, insbesondere Rojava, sind. Ida, die aktuell in den USA lebt und sehr nahe an der feministischen Bewegung im Iran ist, ergänzt: Für die Analyse der jetzigen Aufstände ist es zentral, die Geschichte des Widerstands im Iran zu kennen. Es wäre falsch anzunehmen, dass die aktuellen Aufstände plötzlich aus dem Nichts über den Iran rollten, denn es sind keine von der Geschichte losgelöste Momente. Sie sind das Resultat der Geschichte des Widerstandes des iranischen Volkes, insbesondere von intensivierten Protesten seit 2017. Dies waren verstreute Aufstände rund um materielle Interessen und der Verarmung der Bevölkerung infolge der ökonomischen Rezession. Dass es nun jedoch die Frauen sind, die eine solche Explosion verursachen, ist das Ergebnis einer reichen Geschichte an Frauenkämpfen. Für die erfolgreiche Revolution gegen die Monarchie des Schahs 1979 wa-

ren die revolutionären Frauen zentral. Als dann jedoch die Islamische Partei die Macht übernahm und den Frauen das Tragen des Hijabs aufzwang, gab es einen dreitägigen Frauenstreik. So wie damals geht es heute jedoch nicht einfach nur um den Hijab, sondern gegen die Unterdrückung der Frauen und für die Gleichheit aller Geschlechter. Der Streik führte damals zum Rücktritt der Regierung und das Hijab-Obligatorium wurde zurückgezogen. Dies änderte sich mit dem Iran-Irak Krieg in den 1980ern, welcher als Vorwand für massive Repression gegenüber den oppositionellen linken Organisationen und Parteien und die Einführung der Scharia diente. Doch der Widerstand auf den Straßen hielt immer an und bereitete den Boden für die aktuellen Kämpfe. Ida stellt die Beobachtung auf, dass während der Revolution von 1979 der Fehler gemacht wurde, dass der Frauenkampf nicht zentral geführt und von den männlichen Genossen vernachlässigt wurde. Dies sei kritisiert worden und habe sich verändert. Heute gebe es in der iranischen Bevölkerung und insbesondere in der Linken einen Konsens hinsichtlich des Kampfes für Geschlechtergerechtigkeit, Selbstbestimmung und der Rechte von LGBTIQ. Sie betont, dass verschiedene Bewegungen und Widerstandsfelder im Kampf für Geschlechtergleichheit einen gemeinsamen Bezugspunkt fänden.

Jin, Jiyan, Azadi

Die kurdischen Frauen sind der Auslöser der aktuellen Protestwelle, die insbesondere von den ethnischen Minderheiten getragen wird. In den Wochen vor der Ermordung von Mahsa gingen in Rojhilat (dem auf dem Gebiet des Irans liegenden Teil Kurdistans) die Frauen bereits gegen Femizide auf die Straße. Der Auslöser war der Tod einer anderen kurdischen Frau, welche sich von einem Dach stürzte, um einer Vergewaltigung zu entgehen. Meytham wie auch Ida weisen wiederholt darauf hin, dass die Parole Jin, Jiyan, Azadi (Frauen, Leben Freiheit) bei allen Protesten durch die Straßen hallt. Dies ist die zentrale Parole der kurdischen Frauenbewegung und der Frauenrevolution in Rojava, welche als Bezugspunkt und Perspektive eine wahnsinnige Strahlkraft im gesamten sogenannten »Nahen Osten« hat. Auch die Frauen in Afghanistan benutzen diese Parole. Dass nun Jin, Jiyan, Azadi auf kurdisch, arabisch, beludsch, farsi und türkisch gesungen wird, zeigt, wie multiethnisch und progressiv die Aufstände sind, und verweist auf die Einheit des Kampfes. »Die Stimmen der unterdrückten Frauen sind die Stimmen aller Unterdrückten«,

so Meytham. Er sieht in den Parolen der Straße die Ansammlung des Widerstands der letzten Jahre gegen die Apartheid und Unterdrückung der ethnischen Minderheiten, die Forderung nach Jobs, nach ausreichend Wasser, nach Gleichberechtigung.

Brot, Arbeit, Freiheit!

Die aktuellen Aufstände haben ihren Auslöser zwar im Kampf gegen die Frauenunterdrückung. Die Frauen gehen aber nicht nur gegen den Hijab auf die Straße, sie singen auch: Brot, Arbeit, Freiheit! Von der Frauenbewegung ausgehend weiten sich die Proteste auf verschiedene Teile der Bevölkerung aus. Die Arbeiter_innenbewegung mobilisiert, die Studierenden kämpfen in den Universitäten und die Gewerkschaft der Lehrer_innen, deren zentrale Führungspersonen im Knast sind, haben zu einem nationalen Lehrer_innenstreik aufgerufen. Ida weist darauf hin, dass ökonomische Aspekte zentral für den Aufstand der Frauen sind. Die aktuellen Proteste beziehen sich auf und werden unterstützt durch die Arbeiter_innenbewegung. Die Wirtschaftspolitik der iranischen Regierung ist im Einklang mit dem Westen und den Forderungen von IWF und Weltbank. Die vergangenen Jahrzehnte waren gezeichnet von Privatisierungen und haben zu einer massiven Verarmung geführt. Als Resultat wird die Arbeiter_innenbewegung immer stärker und ist insbesondere seit 2017 sehr aktiv. Ergänzend erzählt Meytham von der geographischen Ausweitung der radikalen Proteste. Plötzlich hörten sie von Aufständen in Städten, welche in den vergangenen Protestzyklen noch ruhig gebliebenen waren. Dieser radikale Widerstand werde aus der Frauenbewegung geboren und zu einer Tradition. Das sich im Land ausbreitende Zusammenkommen verschiedener Bewegungen in der militanten Straßenpraxis unterscheidet die jetzige Protestwelle von vorangegangenen und lässt tatsächlich die Hoffnung zu, dass sie der Auslöser einer Revolution sein könnten. Ida kritisiert diesbezüglich die westliche Berichterstattung insofern, dass die gesamten Proteste auf die Frage des Hijabs reduziert würden, jedoch auf den Straßen Irans die Systemfrage gestellt wird.

Kämpfende und keine Opfer

Meytham drückt die Entschlossenheit der Protestierenden in starken Worten aus: »Unsere wichtigste Nachricht an die Welt ist das: Wir sind

keine Opfer, wir sind Kämpfende. Wir sind zu Kämpfenden geworden durch unseren Widerstand auf der Straße. Wir kamen zu diesem Radikalismus durch Wissen, Bewusstsein und durch den Straßenkampf. Wir waren nie Opfer, welche um die Aufmerksamkeit internationaler Organisationen gebettelt haben. Nein, wir haben immer zusammen gekämpft und jetzt gerade kämpfen wir zusammen. Die Herrschenden haben immer versucht uns entlang religiöser oder ethnischer Linien zu spalten. Aber die aktuellen Proteste kommen von den Frauen aus und beziehen sich auf das Bewusstsein der Arbeiterbewegung. Die proletarischen Organisationen hatten nie nur eine Sprache oder eine Ethnie, wir waren immer multiethnisch. Die Frauenbewegung heute führt diese Tradition fort und singt in verschiedenen Sprachen: Frauen, Arbeit, Freiheit.« Er richtet sich in seinen Worten gegen die Bestrebungen des Westens, sich im Iran einzumischen und ihre imperialistischen Interessen so durchzusetzen. Ida weist darauf hin, dass die Bewegung im Iran diesbezüglich ihre Lehren aus dem Arabischen Frühling – der zu einem Herbst geworden sei – gezogen habe. Die Frauen, die ethnischen Minderheiten, die LGBTIQ-Personen seien alle auf der Straße und kämpften für ihre Freiheit. Auf der Straße erleben die Menschen ihre kollektive Kraft und sie werden es nicht zulassen, dass ihre Revolution von irgendeiner Macht gestohlen werde.

Hoch die internationale Solidarität – Es ist auch unsere Revolution

Als Internationalist_innen und Kommunist_innen fragten wir die beiden danach, wie wir die Proteste unterstützen könnten. Für Ida ist es zentral, dass sie nicht die Solidarität der Regierungen suchen. In keiner Parole sei die Forderung nach internationaler Einmischung gehört worden. Hingegen brauche es die Solidarität der Bevölkerung, denn: »Wir als Bevölkerung, als Iraner_innen, als Schweizer_innen, als Menschen aus Südamerika, aus Europa, wir als Menschen haben mehr Gemeinsamkeiten als wir gemeinsame Interessen mit unseren Regierungen haben.«, so Ida. Meytham: »Unsere Hoffnung liegt auf unseren Straßen und nicht auf Staaten. Denn wir wissen, dass das iranische Öl für ausländische Regierungen wichtiger ist als unsere Menschen.« Der Kampf im Iran ist ein universeller Kampf für Geschlechtergerechtigkeit, für politische und ökonomische Freiheit. Wir im Westen können von der iranischen Bewegung lernen und so bleibt die Aufforderung klar: Auf

die Straße in Solidarität! Denn die Kämpfe der iranischen Bevölkerung sind auch unsere Kämpfe, denn sie kämpfen für eine gemeinsame Perspektive. Wir brauchen alle die gegenseitige Unterstützung, um eines Tages siegreich zu sein.

Interview aus der *Roten Welle*

Aufruf:

Linke weltweit, steht den Demonstrierenden im Iran bei!

25. November 2019, Roar Collective

Eine von mehr als 70 Akademiker*innen, Aktivist*innen und unabhängigen politischen Gruppen unterzeichnete Erklärung ruft die globale Linke auf, ihr Schweigen zu brechen und ihre Solidarität mit dem iranischen Volk zu bekunden.

Das Folgende ist eine Erklärung der iranischen linken Diaspora im Vereinigten Königreich, Frankreich und Deutschland, die eine lose Koalition von Akademiker*innen und Aktivist*innen gebildet haben, um ihre Unterstützung für den laufenden Volksaufstand im Iran zum Ausdruck zu bringen.

Eine vollständige Liste der Unterzeichner*innen dieser Erklärung, darunter David Harvey, Catherine Malabou und Etienne Balibar, findet ihr im Anhang des Textes.

*Wir protestieren gegen Probleme im gesamten System im Allgemeinen.
Wir sind an einem Punkt angelangt, an dem wir merken, dass das System es nicht mehr aushält.*

– ein Demonstrant in Chile

Unsere Welt steht in Flammen. Nicht nur Wälder, sondern auch Städte brennen überall auf der Welt. Soziale Konflikte jeglicher Art brechen aus und verbreiten ihre Flammen über den ganzen Planeten: Algerien, Chile, Ecuador, Haiti, Hongkong, Irak, Libanon, Sudan und so weiter. In diesem globalen Kontext der Kämpfe gegen die soziale Hölle des neoliberalen, finanzialisierten Kapitalismus gibt es seit dem 15. November 2019 einen weiteren Massenaufstand im Iran.

Ausgelöst durch die plötzliche Verdreifachung der Treibstoffpreise haben zehntausende Iraner in mehr als 100 Städten im ganzen Land protestiert.

Natürlich war nicht der Treibstoffpreis an sich der Auslöser für einen so großen und weit verbreiteten Aufstand. Vielmehr sind es 40 Jahre Herrschaft der privilegierten Oligarchie auf der Grundlage von Autoritarismus, systematischer Ausgrenzung von Gegnern, Enteignung und Enteignung, die Millionen von Menschen arbeitslos und extrem prekär gemacht und ihnen die grundlegenden Lebensbedingungen (Bildung, Gesundheitsfürsorge, Nahrung und Wohnung) vorenthalten haben.

So wie die Erhöhung der U-Bahn-Tarife um 30 Pesos das bereits wütende Feuer in Chile in ein Inferno verwandelt hat, so hat auch der Treibstoffpreis den jüngsten Aufstand im Iran ausgelöst (dasselbe gilt für die WhatsApp-Steuer im Libanon, die Streichung der Treibstoffsubventionen in Ecuador usw.). »Es geht nicht um 30 Pesos«, verkündete ein chilenisches Plakat, »sondern um 30 Jahre Neoliberalismus.«

Seit Freitag kämpfen die Menschen im Iran mutig gegen die schwer bewaffneten Mitarbeiter des Korps der Islamischen Revolutionsgarden (IRGC) des Regimes sowie gegen bewaffnete Schlägertrupps in Zivil (bekannt als Basij), die wirtschaftlich vom Regime abhängig sind. Die Menschen hatten jedes »Recht« dieser Welt, sich gegen die systematische Staatsgewalt zu wehren, Barrikaden auf den Straßen zu errichten, Autobahnen zu blockieren und lokale Plätze und Kreisverkehre zu besetzen.

Die Vergessenen und Unsichtbaren im Iran machten sich sichtbar, indem sie Brände legten. Das Feuer ist für diese Menschen wie die gelbe Weste für die französische Überschussbevölkerung und die Proletarier*innen. Beide geben den Stummen eine Stimme. Während das persische *BBC*-Fernsehen und die reaktionären loyalistischen Medien (*Iran International*, *Manoto* usw.) die liberale Doktrin des »friedlichen, zivilen Protests« verkünden, ist sich die iranische Jugend der Tatsache bewusst, dass »ein Volk ohne Hass nicht triumphieren kann«, dass »materielle Gewalt durch materielle Gewalt gestürzt werden muss« und dass sie das Recht hat, sich legitim gegen die staatliche Gewalt zu wehren, die systematisch darauf abzielt, die Bürger zu töten.

»Genug ist genug« ist die Botschaft der Menschen im Globalen Süden und darüber hinaus. Wie Student*innen in einer Teheraner Universität skandiert haben, »das Volk hat die Nase voll, genug von der Sklaverei.

Wie unsere Schwestern und Brüder im Irak und im Libanon hat auch das iranische Volk die Nase voll von dem autoritären Kapitalismus, der sein Leben auf ein bloßes vegetarisches Dasein reduziert, von der systematischen Korruption, die dem mafiösen Kapitalismus innewohnt, und vom Subimperialismus der Islamischen Republik im Irak, im Libanon, in Palästina, in Syrien, im Jemen und in der gesamten Region.

Sie wenden sich nicht nur gegen die Verdreifachung des Kraftstoffpreises, sondern gegen die Islamische Republik in ihrer Gesamtheit. Kein anderer Slogan, der von unseren Genossinnen und Genossen im Libanon skandiert wird, kann den Geist der Kämpfe in der gegenwärtigen Situation besser ausdrücken: »Alles bedeutet alles« (نل كل ين عي نل).

Die herrschende Klasse hat auf diese radikale, praktische Negation aller bestehenden Mächte mit eiserner Faust geantwortet. Die systematische Gewalt, die die Islamische Republik anwendet, um den Aufstand zu lähmen, ist in ihrem Ausmaß und ihrer Intensität beispiellos. Die Behörden haben das Internet an vier aufeinanderfolgenden Tagen vollständig abgeschaltet und das Land in eine große Blackbox verwandelt, in der die Bevölkerung ungestraft abgeschlachtet wird. Nach Angaben von Amnesty International wurden Hunderte verletzt, Tausende verhaftet und »mindestens 106 Demonstrant*innen in 21 Städten getötet«, obwohl »die tatsächliche Zahl der Todesopfer viel höher sein könnte, einige Berichte sprechen von bis zu 200«.

Es gibt viele Videos, auf denen zu sehen ist, wie die Polizei Demonstrant*innen in den Kopf und in die Brust schießt – wie wir bereits im Fall des Irak beobachtet haben. Dies geschah vor allem in den kurdischen und arabischen Provinzen, deren diskriminierte Bevölkerung wieder einmal an vorderster Front des Aufstandes steht und den höchsten Preis bezahlt hat.

Die Islamische Republik war bei der Verwirklichung ihrer Ziele bisher erfolgreich. Sie hat die durch die US-Sanktionen gebotene Gelegenheit genutzt, ihre neoliberalen Träume zu verwirklichen, um sowohl das aktuelle Haushaltsdefizit auszugleichen als auch ihre militärischen Operationen in der Region zu verstärken. Zu diesem Zweck haben sie das Internet abgeschaltet und damit ihre Gegner brutal abgeschlachtet. Auf internationaler

Ebene gab es keine spezifische Medienberichterstattung, keine internationale Verurteilung der staatlichen Repression und nur sehr wenig Solidarität von Seiten der globalen Linken – mit anderen Worten, das Blutbad findet im Stillen statt. Dies ist möglich, weil die unterdrückten Klassen im Iran und im Nahen Osten zwar keine Illusionen über die »antiimperialistische« Rolle der Islamischen Republik haben, viele in der Linken aber immer noch an die ideologische Selbstdarstellung des Regimes als antiimperialistische Kraft glauben, die sich gegen die USA und ihre regionalen Verbündeten stellt.

Die Linke muss von den unterdrückten Klassen lernen, sich gleichzeitig dem US-Imperialismus (insbesondere den US-Sanktionen) und den Interventionen der Islamischen Republik in der Region zu widersetzen.

Wir, die unterzeichnenden Akademiker*innen und Aktivist*innen, fordern die globale Linke auf, ihr Schweigen zu brechen und ihre Solidarität mit dem iranischen Volk und seinem Widerstand zu bekunden.

Es ist sinnlos für uns, irgendetwas von der Islamischen Republik zu fordern, aber wir werden von unseren Genoss*innen und fortschrittlichen Kräften auf der ganzen Welt verlangen, dass sie – in jeder möglichen Form – die Stimme des unterdrückten Volkes im Iran sind, das durch die erzwungene Isolation erstickt wird. Wir rufen auch die internationale Linke dazu auf, die Gräueltaten des Regimes gegen das eigene Volk zu verurteilen.

Schließlich solidarisieren wir uns mit den iranischen Demonstrant*innen, die ihre Würde zurückfordern, indem sie sich gegen Austerität, Autoritarismus, die Militarisierung der Gesellschaft sowie gegen jede andere Form der Herrschaft wehren, die ihre Autonomie und Freiheit unterdrückt.

Unterzeichnende:

Abbas Vali (Professor of Sociology, Bogazici University, Emeritus); *Adrienne Bonnet* (Comédienne/Metteure en scène); *Agitations* (France); *Ahmed Shawki* (Chicago, Illinois); *Akbar Masoumbaigi* (Autor und Mitglied von »The Iranian Writers Association«); *Alain Deneault* (directeur de programme au Collège international de philosophie, Paris); *Ali Zohdi-Tehrani*; *Ali-*

son Thorne (Organiser, Australian Section of the Freedom Socialist Party); *Alliance of Middle Eastern and North African Socialists*; Amin Hosouri (Leftist militant, Germany); Amir Kianpour; Amirmohammad Ghovati; Anahita Hosseini (Exiled Iranian leftist, University of Sussex); Dr. Andrea Brock (Lecturer, University of Sussex); Andrew Berman (Peace and Justice activist, Veterans for Peace, USA); Dr. Andrew Newsham (Senior Lecturer in International Development, Department of Development Studies); Dr. Angela Dimitrakaki (University of Edinburgh); *Antifascist Culture* (Αντιφασιστικός Πολιτισμός, Greece); Arash Ganji (writer and translator, secretary of the Iranian Writers Association); Arash Marashi; Arnaud François; Arpita Das (Founder-Publisher, Yoda Press, New Delhi, India); Aurélie Jeantet (Enseignante-chercheure, Université Sorbonne Nouvelle Paris 3); Azar Khalili (Ex-political prisoner); Azadeh Shourmand (Feminist militant); Dr. Barbara Umrath (Researcher, Germany); Béatrice Rettig; Behnam Amini (York University, Canada); Behrang Pourhosseini (ATER Chargé de Cours au Département de Philosophie, Université Paris 8 Vincennes Saint-Denis); *Beyond Europe*; Bijan Kiarasi (Militant Leftist, Germany); Bill Fletcher, Jr. (Executive editor, organization for identification only, USA); Bita Samimizad (University of Bonn); Brian Gibbons (Fairview Park, Ohio, USA); Brian Slocock (Merseyside Syria Solidarity, Britain); Bob Brecher (Professor of Moral Philosophy Director, Centre for Applied Philosophy, Politics & Ethics University of Brighton); *The Campaign to Defend Haft Tapeh Prisoners* (Iran); Catherine Malabou; Clint Burnham (Professor and Chair of Graduate Program Department of English Simon Fraser University); Cinzia Arruzza; Christiane Vollaire (Philosopher, CNAM, Paris, France); *Committee in Solidarity with the People of Syria* (CISPOS); *Committee of Solidarity with Hong Kong* (Independent, militant collective, Hong Kong); Cyrus Bina (Distinguished Research Professor of Economics at the University of Minnesota and Fellow, Economists for Peace and Security); Dariush Arjmandi (Sweden); Dr. Daryoush Navidi (Socialist academic exile from Iran and political activist); David Harvey (Distinguished Professor, The Graduate Center, The City University of New York); David McNally (Professor, Houston, Texas); Debbie Brennan (Radical Women, Organizer for Australia); Dinah Rajak (University of Sussex); Emad aldin shoori; Éric Alliez (Professor of Philosophy, Paris 8); Éric Michaud (directeur d'études Ehess, Paris); Etienne Balibar (Ancien Professeur à l'Université de Paris-Nanterre); Farhad Nomani (Professor Emeritus, The American University of Paris); Farokh Ghabremani

(Ex-political prisoner and editorial member of the »Prison's Dialogue«); *Fateme Karimi*; *Fateme Masjedi* (Academic activist, Berlin); *Gemma Durance* (IT Researcher, Heidelberg, Deutschland); *Gene Ray* (Geneva School of Art and Design); *Gholam Khiabany*; *Gianmaria Colpani* (lecturer at Utrecht University); *Glenda Andrade* (CRESPPA – GTM, Université Paris 8); *Gordon Asher* (Independent Scholar); *Greg Albo* (Professor York University, Toronto); *Hadi Enayat* (Aga Khan Centre); *Hamid Nowzari*; *Hemad Sheybani* (Leftist militant, journalist); *Helen Gilbert* (National Organizer Radical Women, U.S.); *Homayon Iwani* (Ex-political prisoner and editorial member of the »In Defence of Marxism«); *Hostis Journal*; *Hushang Dinarvand* (Leftist militant); *Iman Ganji* (Freie Universität Berlin); *International Marxist-Humanist Organization* (<http://www.imhojournal.org/>); *Ivana Bago* (Independent Scholar, Zagreb); *Jacob Rogozinski* (philosopher, professor at Strasbourg University); *Jamila Mascat* (Lecturer, Utrecht University); *Jaleh Jane Mansour*; *Jean-Christophe Goddard* (Université de Toulouse Jean-Jaurès Coordinateur du Consortium Erasmus Mundus EuroPhilosophie); *Jean-Claude Bonne* (directeur d'études École des Hautes Études en Science Sociale Paris); *Jeff Derksen*; *John Malamatinas* (freelance journalist); *John Simoulidis* (Assistant Professor, Department of Social Science, York University); *Jose Rosales* (PhD candidate, Stony Brook University); *JuanCarlos Cruz* (Militant member of Black Rose Anarchist Federation (San Antonio, TX); *Judith Rodenbeck* (Associate Professor Media & Cultural Studies University of California, Riverside); *Jules Falquet* (Sociologist, feminist, Université de Paris); *Kamran Matin* (Sussex University, International Relations Department); *Kamal Khosravi* (Marxist author and theorist); *Kanishka Goonewardena* (Associate Professor, University of Toronto, Department of Geography and Planning); *Karen morabi* (writer and literary critic); *Kaveh Kermanshahi* (Human rights activist); *Ken Kawashima* (Associate Professor, Department of East Asian Studies – University of Toronto); *Kollektiv aus Bremen* (Germany); *Leila Jadidi* (Member of OIPFG Organization of Iranian People Fadaee Guerrillas); *Mahdi Ghanbari* (PhD student at York University, Canada); *Mahmoud Khalili* (Ex-political prisoner and editorial member of the »Prison's Dialogue«); *Manjanigh Collective* (Slings, Germany); *Mariana Silva* (Artist); *Maryam Azimi*; *Matthieu Renault* (Associate Professor, University Paris 8); *Mehrdad Emami* (Phd Candidate, Middle East Technical University, Turkey); *Mehri Abbasi* (Ex-political prisoner and editorial member of the »Prison's Dialogue«); *Meredith Tax* (writer, New York); *Michael Hardt*;

Michael Pröbsting (Editor of www.thecommunists.net); *Mila Mossafer* (Leftist militant and editorial member of the »Prison's Dialogue«); *Mohaddese Zare*; *Mohammad Moravej*; *Mohammed Reza Nikfar*; *Mohammad Salemy* (Organizer, The New Centre for Research & Practice); *Mohsen Ziaei*; *Mojdeh Arassi* (Ex-political prisoner and editorial member of the »In Defence of Marxism«); *Myriem Auger* (Docteure en sociologie Université Paris 8); *Nader Naji*; *Nanna Heidenreich* (Professor for Digital Narratives/Theory at ifs/internationale filmschule köln, Cologne/Germany); *Nancy Holmstrom* (Professor of Philosophy Emerita, Rutgers University – Newark); *Nantes Révolté* (Militant, Independent Collective, France); *Nara Cladera* (Réseau syndical international de solidarité et de lutes); *Narges Nassimi* (Leftist militant, journalist); *Nasser Teymourpour* (Conceptual artist); *Nazanin Noori*; *Dr. Nikolaus Brauns* (historian and author, Berlin); *Nicolas Jaoul* (Anthropologist, CNRS, France); *Nicholas S.M. Matheou* (Researcher at the Institute of Historical Research, University of London); *Omid Shams* (PhD research fellow University of Portsmouth, School of Law); *Patricia Morton* (Associate Professor, Media and Cultural Studies Department University of California, Riverside); *Peter Hallward* (The author of 'Damming the Flood'); *Peter Hudis* (Professor of Philosophy, Oaktown Community College, USA); *Philippe Bazin* (Affilié à Ecole Nationale Supérieure d'Art de Dijon); *Pierre Roussel* (Europe solidaire sans frontières – ESSF, France); *Plan C, Kurdistan Cluster* (Independent Collective, London); *Plateforme d'enquêtes militants* (Militant, Independent Collective, France); *Pouya boustani*; *Prison's Dialogue* (An initiative of Iran's exiled former political prisoners); *Ralf Streck* (freier Journalist, Baskenland/Deutschland); *Raymond Bellour* (Directeur de recherche honoraire au CNRS); *Richard Lachmann* (Professor Department of Sociology University at Albany – SUNY); *Rohini Hensman* (writer, researcher and activist, India); *Ronald W. Cox* (Professor Department of Politics and International Relations Florida International University Miami, Fl. 33199); *Rosa Lehmann* (University of Jena, Germany); *Rose-Anne Gush* (Lecturer in Art Theory/Art History, University of Applied Arts, Vienna.); *Rouen dans la rue* (Militant, Independent Collective, France); *Sabine Bitter*; *Sai Englert*; *Sara Cvetkovska* (Utrecht University); *Sasan Sedghinia* (independent left Researcher); *Sama Khosravi Ooryad* (Utrecht University); *Saman Aftabkaaran* (independent researcher and militant); *Sandro Chignola* (Professeur, Università di Padova); *Sanem Güvenç* (Emily Carr University of Art and Design); *Sara Tileria Durango* (doctorante en Sociologie, Université

Paris 8 – Cresppa/GTM); *Saygın Salgırlı* (University of British Columbia); *Sebastian Budgen*; *Shahin Navai*; *Shahrazad Mojab* (University of Toronto); *Shekoufeh Mohammadi* (Researcher-Professor, Universidad Autónoma de México, Mexico); *Shokoufeh Sakhi* (Ph.D. Independent scholar, York University); *Chowra Makaremi* (Anthropologist, research fellow, CNRS Paris); *Sina Zekavat* (Anti-war activist and member of the Alliance of MENA Socialists); *Siavash Mahmoudi* (Ex-political prisoner and editorial member of the »In Defence of Marxism«); *SOAS Students Union*; *Soheila Lindhorst* (Leftist Militant); *Sohrab Behdad* (Professor, Denison University, USA); *Stephan Dobson* (Contract Faculty, Department of Social Science, York University); *Stefan Jaffrin* (Ph.D. scholar, in CRESPPA/GTM, France); *Stefan Kipfer* (Associate Professor, Faculty of Environmental Studies, York University); *Syrian Cantine* (Paris, France); *Syrous kafei* (Activist of the labor movement and editorial member of the »Prison's Dialogue«); *Tatiana Mellema* (PhD student Art History UBC); *Dr. T'ai Smith* (University of British Columbia); *Trevor Stark* (Assistant Professor of Art History, Department of Art, University of Calgary); *Ulla Jelpke* (MdB Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE); *l'Union Communiste Libertaire* (France); *Dr. Ute Navidi* (Former academic; children's rights and human rights campaigner); *VASSIGH Chidan*; *Véronique Bontemps* (Research Fellow at CNRS – Centre Nationale de la recherche scientifique, Iris, France); *Warren Montag* (Occidental College, Los Angeles); *Yasmin Nardi* (Research Fellow, Centre National de la Recherche Scientifique (CNRS), Paris)

weitere Bücher bei Immergrün:

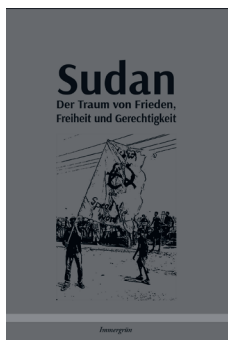


CrimethInc.

**Nachrichten aus Belarus, Kasachstan,
Ukraine, Russland**

978-3-910281-01-1

Dieser Band versammelt verschiedene anarchistische Stimmen zu den Aufständen in Belarus 2021, dem Aufstand in Kasachstan 2022 und dem Krieg in der Ukraine.



CrimethInc. u. a.

Sudan

**Der Traum von Frieden,
Freiheit und Gerechtigkeit**

978-3-910281-06-6

Eine Sammelband über die Revolutionen gegen das Baschir-Regime 2019 und das Militär-Regime 2021, in dem vor allem Aktivist*innen zu Wort kommen.



gata preta

Ich vermisse euch wie Sau

978-3-910281-02-8

Ricardo war u.a. in der Graffiti-, HausbesetzerInnen- und Antifaszene aktiv und lebte von 2014 bis 2017 in Moçambique, anfangs in der Illegalität und später im Exil. Dieses Buch ist der Versuch von GefährtInnen und FreundInnen, eine Auseinandersetzung zum Thema Flucht, Exil und Illegalität zu führen.



Xosé Tarrio
Hau ab, Mensch!
 978-3-910281-00-4

Xosé Tarrio war an verschiedenen Aufständen in spanischen Knästen beteiligt und erlebte die Einführung des F.I.E.S.-Systems – eines der perfiden Instrumente des Staates um das Individuum zu brechen. Diesem hält er Freundschaft, einen rebellischen Geist und den Willen zur Freiheit entgegen.



Ex-Anti-NATO-Gruppe Freiburg
Auferstanden aus Ruinen ruht der Sozialismus ... aus?
 Texte zur DDR und Staatskapitalismus
 978-3-910281-03-5

Auch über 30 Jahre nach dem Mauerfall ist die DDR auf unterschiedlichen Ebenen noch gegenwärtig. Die 1992 formulierte Kritik setzt auf den verschiedenen Ebenen (Ökonomie, Autoritätsverhältnis, Frauen usw.) an und verdeutlicht warum die DDR kein Anknüpfungspunkt emanzipatorischer Politik war und ist.



Detlef Hartmann
Covid-Politik und die Neuformierung der Macht
 978-3-910281-04-2

Ausgehend von seiner Grundannahme der »schöpferischen Zerstörung«, welcher sich Macht und Kapitalismus bedienen, betrachtet Detlef Hartmann die Auswirkungen der Covid-Politik auf Gesellschaft und den weiteren technologischen Machtausbau, der mit dieser einherging.

